

NACHRICHTEN

aus den Staatlichen Archiven Bayerns

Nr. 40

München, Dezember 1996

Amtswechsel im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

In einer Feierstunde im Lesesaal des Bayerischen Hauptstaatsarchivs am 4. Dezember 1995 überreichte der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Rudolf Klinger, dem bisherigen Leiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Professor Dr. Erich Stahleder, wegen Erreichens der gesetzlichen Altersgrenze die Urkunde über den Eintritt in den Ruhestand und bestellte LtD. Archivdirektor Dr. Hermann Rumschöttel zu seinem Nachfolger.

Zu diesem Anlaß konnte der Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Professor Dr. Jaroschka, außer dem Staatssekretär zahlreiche Vertreter des öffentlichen und kulturellen Lebens Bayerns und aus den Archiven des Bundes und anderer Länder begrüßen. Dem scheidenden Direktor des Hauptstaatsarchivs dankte er insbesondere für sein aktives Mitwirken an der Neugestaltung der bayerischen Archivlandschaft. Als Leiter des Staatsarchivs Landshut von 1973 bis 1984, anschließend in München als Stellvertreter des Generaldirektors und seit 1988 als Direktor des Hauptstaatsarchivs hat Stahleder großen Anteil an dieser „in der deutschen Archivgeschichte bisher beispiellosen Operation“. Hermann Rumschöttel, seinem bisherigen Vertreter in der Generaldirektion, wünschte Jaroschka Erfolg bei der Lösung der anstehenden Aufgaben und wies hierbei insbesondere auf bestehende Defizite bei der provenienzgerechten Strukturierung und Erschließung der in ihrem Umfang und in ihrer Bedeutung für die Forschung rasant wachsenden Ministerialakten des 19. und 20. Jahrhunderts hin.

Staatssekretär Klinger zeichnete in seiner Ansprache den beruflichen Werdegang Erich Stahleders nach und würdigte seine Verdienste um das bayerische Archivwesen. In den fast 44 Jahren seiner aktiven Dienstzeit habe er „deutliche Spuren in der einmal zu schreibenden bayerischen Archivgeschichte hinterlassen und die Entwicklung des bayerischen Archivwesens wesentlich beeinflußt und mitgestaltet“. Er wies dann auf Probleme und Aufgaben hin, an deren Bewältigung er in seiner Amtszeit mitzuwirken hatte: das 1990 in Kraft getretene Bayerische Archivgesetz, die archivische Beständebereinigung, in deren Verlauf in den aller-

letzten Jahren vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv neben umfangreichen Akten und Amtsbüchern insbesondere rund 65.000 Originalurkunden an die fränkischen Staatsarchive, 80.000 an das schwäbische Staatsarchiv Augsburg und rund 11.000 an das oberpfälzische Staatsarchiv Amberg abgegeben wurden. Weiterhin wurde unter seiner Amtsführung der durch das Bayerische Archivgesetz formulierte Auftrag, Archivgut nicht nur zu erfassen, zu verwahren und aufzubereiten, sondern auch im Rahmen einer historisch-politischen Bildungsarbeit der Öffentlichkeit aktiv zu vermitteln, intensiv verwirklicht, wovon die großen Ausstellungen des Hauptstaatsarchivs eindrucksvoll Zeugnis ablegen. Auch die Einführung der EDV bei der Erschließung vor allem des modernen Archivguts fiel in die Amtszeit des scheidenden Vorstands. Neben seinem Wirken als Archivar hat sich Stahleder hohe Verdienste durch ein thematisch breites wissenschaftlich-publizistisches Werk und seine Tätigkeit im Rahmen der „Landshuter Hochzeit“ erworben. 1975 wurde er zum Honorarprofessor für Agrargeschichte an der Technischen Universität München berufen, 1991 erhielt er für seine Verdienste um die altbayerische Geschichte und Kultur das Bundesverdienstkreuz am Bande.

Schließlich stellte der Staatssekretär den neuen Leiter des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, Dr. Hermann Rumschöttel, vor und wies besonders auf dessen Tätigkeit bei der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns hin, wo er für archivische Grundsatzfragen, Archivbau, Archivtechnik und Ausbildung zuständig war und sich über die Grenzen Bayerns und Deutschlands hinaus als Fachmann einen Namen gemacht hat. Bleibende Verdienste hat sich Rumschöttel als Vorsitzender des Vereins deutscher Archivare vor allem bei der Integration der neuen Bundesländer in die gesamtdeutsche Archivlandschaft erworben.

Nachdem die Personalratsvorsitzende, Archivoberinspektorin Sabine Detterbeck, dem scheidenden Vorstand gedankt und dem neuen Erfolg gewünscht hatte, gab Erich Stahleder einen Rückblick auf sein berufliches Leben, das ihn über Würzburg, wo er als junger Beamter noch mit der Rückführung kriegsbedingt

ausgelagerter Archivalien betraut war und seine Heimatstadt Landshut nach München geführt hat. In seine Landshuter Zeit fiel die Zusammenarbeit mit dem damals dort tätigen jungen Beamten Dr. Walter Jaroschka bei der Neuformierung der Landshuter Bestände nach dem Archivbrand im Jahre 1961, was eine wichtige Voraussetzung für die Beständeberreinigung im altbayerischen Raum war. Aus seiner Tätigkeit im Bayerischen Hauptstaatsarchiv erwähnte Stahleder insbesondere seine Bemühungen, die Einheit eines so großen Apparates wie des Bayerischen Hauptstaatsarchivs nach innen und außen zu wahren und zu verbessern.

Zum Schluß stellte Hermann Rumschöttel die Aufgaben und Anforderungen in den Mittelpunkt seiner Ansprache, denen sich die Archive auf dem Weg ins dritte Jahrtausend zu stellen haben: 1. Mitwirkung bei der notwendigen Verwaltungsmodernisierung („die Archive stehen am Ende der ‚administrativen Kette‘, sie bedürfen aufgrund ihrer besonderen Aufgaben-

stellung bei der finanziellen und personellen Ausstattung einer gesonderten Betrachtung und Behandlung. Voraussetzung ist jedoch, daß sie dynamisch an den Verwaltungsreformen mitwirken“), 2. Sicherung der authentischen Überlieferung unter den Bedingungen der neuen Kommunikations- und Informationstechniken, 3. Bewahrung der Kenntnis und des Verständnisses der traditionellen schriftlichen Überlieferung seit dem frühen Mittelalter und deren physische Bestandserhaltung, 4. Entwicklung und Anwendung „wissenschaftlich abgesicherter Bewertungs- und rationeller Erschließungsmethoden“ angesichts des „unendlichen Materialhungers der Historiker“ und schließlich 5. – ganz konkret und speziell auf Bayern und sein Zentralarchiv bezogen – Abschluß der gesamtbayerischen Beständeberreinigung und Beständeformierung, Vorbereitung von Beständeübersichten und historisch-politische Bildungsarbeit.

(L)

75 Jahre Bayerisches Hauptstaatsarchiv

Durch den mit Verordnung vom 16. Juli 1921 verfügten Zusammenschluß der bis dahin in München bestehenden drei Zentralarchive (Allgemeines Reichsarchiv, Geheimes Staatsarchiv, Geheimes Hausarchiv) sowie des damaligen Kreisarchivs München wurde vor 75 Jahren das Bayerische Hauptstaatsarchiv gegründet. Aus diesem Anlaß fand am 9. Juli 1996 in dessen Lesesaal in Anwesenheit des Bayerischen Staatsministers für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, sowie zahlreicher weiterer hoher Repräsentanten aus Verwaltung und Justiz, Wirtschaft und Wissenschaft, Bildung und Politik eine Festveranstaltung statt. Der neue Direktor des Hauptstaatsarchivs, Dr. Hermann Rumschöttel, begrüßte die Gäste, unter ihnen auch zahlreiche Vertreter deutscher und ausländischer Archive wie der Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Kahlenberg, der Präsident der Landesarchivdirektion Baden-Württemberg Prof. Dr. Schöntag, die Leiter der Hauptstaatsarchive in Stuttgart und Weimar Dr. Schmierer und Dr. Wahl, die Leiterin der Archivschule Marburg Dr. Menne-Haritz und die Leiter der Landesarchive von Salzburg und Oberösterreich, Dr. Zaisberger und Prof. Dr. Haider.

Staatsminister Zehetmair stellte in den Mittelpunkt seiner Ansprache das verschiedenartige Aufgabenspektrum der Archive, die zwischen Verwaltung, Rechtsprechung, wissenschaftlicher Forschung, historisch-politischer Bildungsarbeit sowie Regional- und Heimatgeschichte stehen und deshalb eine gewisse Sonderstellung im Behördenaufbau einnehmen. Er stellte

fest, daß das Bayerische Hauptstaatsarchiv seinen umfassenden Auftrag, wie er sich aus dem Bayerischen Archivgesetz von 1989 ergibt, trotz unvermeidbarer personeller und finanzieller Beschränkungen in beispielhafter Weise erfüllt habe, und betonte, daß die Mitwirkung der Archive bei der Verwaltungsmodernisierung diesen eine erhebliche Mehrbelastung aufbürde und daß deshalb trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen ihre angemessene personelle und materielle Ausstattung ein für die Bayerische Staatsregierung wichtiges Anliegen sei. Das Gebot der bayerischen Verfassung: „Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat“ sei auch ein politischer Auftrag, dafür Sorge zu tragen, daß das bayerische Zentralarchiv auch zukünftig seine wichtigen Aufgaben erfüllen kann.

Der Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Prof. Dr. Jaroschka, gab in seinem Festvortrag zunächst einen Überblick über die Geschichte der wittelsbachischen Archive Bayerns seit ihren Anfängen im Mittelalter. Die nach dem Ende der Landesteilungen sich in München konsolidierenden landesfürstlichen Archive sowie das des Fürstentums Pfalz-Neuburg samt den ihnen zuzuordnenden Registraturen der Zentralbehörden, die zusammen heute wieder den tektonischen Kern des Bayerischen Hauptstaatsarchivs für die Zeit vor der Entstehung des neubayerischen Staates darstellen, waren im Jahre 1799 zugunsten dreier künstlich neu geschaffener Zentralarchive, des Geheimen Landesarchivs (ab 1812 Allgemeines Reichsarchiv), des Geheimen Staatsarchivs und des Geheimen

Hausarchivs, zerschlagen, die überkommenen historisch gewachsenen Provenienzen auf diese aufgeteilt worden. Jaroschka stellte dar, daß das 1921 durch den organisatorischen Zusammenschluß dieser 1799 künstlich gebildeten Archive gegründete Bayerische Hauptstaatsarchiv, das nun auch für die modernen Ministerialbestände zuständig wurde, in den ersten 50 Jahren seines Bestehens zwar einen Funktionswandel vom historischen Auslesearchiv zu einem modernen Zentralarchiv durchmachte, einer notwendigen inneren Neuorganisation jedoch nicht unterzogen wurde. Die nun zu Abteilungen eines Amtes gewordenen ehemaligen Archive blieben weiterhin mehr oder weniger selbständig. Erst 1978, durch die Zusammenlegung der Abteilungen Allgemeines Staatsarchiv (ehem. Allgemeines Reichsarchiv) und Geheimes Staatsarchiv, wurde eine provenienzgerechte Neuordnung der 1799 nach Sachbetreffen aufgeteilten Bestände und ihre

Gliederung nach geschichtlichen Epochen ermöglicht. Dies geschah im Rahmen einer umfassenden altbayerischen Beständeberäumung, die das Hauptstaatsarchiv zuständigkeitsmäßig zum Hauptarchiv des ehemaligen Bayerischen Reichskreises machte. Die vor kurzem erfolgte Abgabe aller fränkischen (Urkunden vor 1401) und schwäbischen Bestände an die Staatsarchive in Franken und Schwaben war die logische Konsequenz dieser Maßnahmen.

Rechtzeitig zum Jubiläum konnte der neue Kurzführer des Bayerischen Hauptstaatsarchivs vorgestellt werden (siehe S. 21). Eine kleine Ausstellung „75 Jahre Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Organisation, Gebäude, Personen“ wurde im Foyer des Archivs gezeigt (siehe S. 12 und 21).

(L)

Internationale Zusammenarbeit zwischen den Archiven

Am 26. und 27. März 1996 tagte in den Räumen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München eine Konferenz der Leiter der europäischen Archivverwaltungen und Archivarsverbände. Sie war vom Koordinierungsausschuß für das Europäische Programm (ICA/EUR) des Internationalen Archivrats (ICA) in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Archiven Bayerns vorbereitet worden. Beratungsthemen der Delegierten aus 26 Ländern waren die archivische Zusammenarbeit in Europa, EDV, Ausbildung, Benützungsfragen, Aktenaussonderung, Archivgesetzgebung, Archivmanagement. (S)

An dem am 3. September 1996 vom chinesischen Ministerpräsidenten eröffneten XIII. Internationalen Archivkongreß nahm auch ein Vertreter der Staatlichen Archive Bayerns teil. Für die Planung eines vom Internationalen Archivrat (ICA) geplanten Handbuchs zum Themenkomplex der maschinenlesbaren Registraturunterlagen (electronic records) übergab er eine schriftliche Stellungnahme Bayerns zur Beratung. Die Plenarsitzungen des Kongresses behandelten vor allem die Internationale Zusammenarbeit, die Archivarsausbildung und die EDV. Die persönlichen Kontakte mit chinesischen Archivaren, die im Herbst 1995 die Staatlichen Archive Bayerns besucht hatten, konnten auf diese Weise erneuert werden (vgl. NACHRICHTEN Nr. 39/1995). (S)

Am 5. Internationalen Tag der Archive und der 11. Konferenz des Internationalen Instituts für Archivwissenschaft Maribor, die vom 19. bis 22. März 1996 in Radenci (Slowenien) stattfanden und sich mit Öffentlichkeitsbereichen sowie Gesundheit und Hygiene in

Archiven befaßten, referierte Archivoberrat Dr. Karl-Ernst Lupprian vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv über die Gesundheitsgefährdung des Archivpersonals durch Schimmelpilze (gedruckt in *Atlanti* 6/1996, S. 76–80).

Vom 20. Oktober bis 9. November 1996 fand – ebenfalls in Radenci (Slowenien) – ein internationaler Lehrgang für Archivbau statt, der vom Internationalen Institut für Archivwissenschaft Maribor in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Archivrat veranstaltet wurde. Im Rahmen dieses Lehrgangs hielt Dr. Karl-Ernst Lupprian Vorträge über „Gemeinsame Nutzung von Archivgebäuden – wie und mit wem? Die Beziehungen zwischen Architekt und Archivar“ und „Erfahrungen mit Archivneubauten und Adaptierungen in Bayern anhand der Beispiele Augsburg und Coburg“. (Lu)

Auf einer Gemeinschaftsveranstaltung des Staatsarchivs Coburg und der Historischen Gesellschaft Coburg e.V. referierte am 21. Oktober 1996 in den Räumen des Staatsarchivs Frau Lubowa I. Tjutjunnik aus Moskau, Leiterin der Abteilung Nachlässe und Sammlungen im „Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF)“, über die Organisation des russischen Archivwesens und über Dokumente zur deutschen Geschichte in diesem Archiv, das 1992 aus dem Zusammenschluß von zwei der bedeutendsten Archive der ehemaligen UdSSR, des „Zentralen Staatsarchivs der Oktoberrevolution und der obersten Staats- und Verwaltungsorgane“ sowie des „Zentralen Staatsarchivs der RSFSR“, hervorgegangen ist. Bei dieser Gelegenheit kamen auch die engen dynastischen Be-

ziehungen zwischen der coburg-gothaischen Herrscherfamilie und dem russischen Zarenhaus zur Sprache, die ihren Niederschlag in zahlreichen Archivalien (persönliche Briefe, Ernennungsurkunden, Bilder, Fotos) gefunden haben, die in den Archiven in Moskau und Coburg verwahrt werden. Im Vorfeld der Veranstaltung bestand Gelegenheit, Frau Tjutjunnik einen

Einblick in das bayerische Archivwesen im allgemeinen und in das Staatsarchiv Coburg im besonderen zu geben, das unter seinen Beständen vielfältige Rußland betreffende Dokumente besitzt.

(Ham)

Schüler forschen im Archiv

Aus aktuellem Anlaß wird im folgenden ein Beitrag von Oberstudienrat Dr. Peer Frieß vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst abgedruckt:

Mit dem Schwerpunktthema für die Schuljahre 1995/96 bis 1997/98 „Auf den Spuren des Neubeginns – die ersten Jahre nach Kriegsende“ hat Kultusminister Zehetmair Lehrer und Schüler dazu angeregt, sich selbständig forschend mit der Nachkriegszeit in Bayern zu befassen. Zu diesem Zweck sollen sie Gelegenheit erhalten, das Klassenzimmer zu Exkursionen zu verlassen und vor Ort den Spuren der Vergangenheit nachzugehen. Neben den Leitern der Heimatmuseen und den Kreisheimatpflegern wurden Lehrern und Schülern auch die Archive der kommunalen und staatlichen Archive als Anlaufstationen genannt, bewahren sie doch besonders faszinierende Schätze der jüngeren bayerischen Geschichte auf.

Das möglicherweise verstärkte Auftreten dieser Benutzergruppe stellt die Archivare ohne Zweifel vor eine neue und für manche eher ungewöhnliche Aufgabe, gilt es doch, Jugendliche zu beraten, die vom Umgang mit Archivalien kaum etwas wissen. Daß das Engagement von Archivaren in diesem Zusammenhang jedoch zu respektablen Ergebnissen führen kann, zeigen zum Beispiel Facharbeiten oder Ausstellungen, die mit Hilfe von zeitgenössischen Dokumenten den Neubeginn von politischem, kulturellem und wirtschaftlichem Leben am Heimatort darstellen.

Insbesondere dann, wenn der betreuende Lehrer und der Archivar eng zusammenarbeiten, läßt sich die anfängliche Scheu mancher Schüler rasch überwinden. Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß es vor allem darauf ankommt, die Vielfalt der Dokumente vor Augen zu führen, die in einem Archiv verwahrt werden. Meist ahnen Schüler nicht, daß dort neben amtlichen Akten auch alte Stadtpläne, zeitgenössische Fotografien, Nachlässe von bedeutenden Persönlichkeiten oder die ersten Wahlplakate aus den späten 40er

Jahren zu finden sind. Während die Lehrer eher die Aufgabe haben, bei der Verarbeitung der Entdeckungen und der Umsetzung z.B. in eine Ausstellung zu helfen, müssen die Archivare stärker vielleicht als bei den traditionellen Benutzern die Jugendlichen bei der Suche nach Quellen unterstützen, Handschriften entfernen oder den jungen Forschern aus echten oder vermeintlichen Sackgassen helfen. Häufig kommen die Schüler mit recht vagen Vorstellungen von dem, was sie eigentlich suchen, in die Archive, finden nicht sofort etwas Passendes und wenden sich dann enttäuscht wieder ab. Hier gilt es, möglichst beim ersten Besuch im Archiv im Gespräch mit den Schülern unrealistische Pläne zu korrigieren und den Blick auf einen überschaubaren Quellenbestand zu lenken, der Jugendliche nicht vor unlösbare Probleme stellt. Ist diese erste Hürde einmal genommen, dann fördern sie mit wachsender Begeisterung immer neue Dokumente zutage. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Befürchtungen gehen sie dabei sogar überdurchschnittlich sorgsam mit den Archivalien um.

Der Besuch von Schülern im Archiv mag zunächst eine zusätzliche Belastung für die Archivare darstellen, doch die Mühe lohnt sich. Die Erarbeitung von Ausstellungen, das Verfassen von Berichten für die Lokalzeitung oder die Mitarbeit bei Archivprojekten sind nämlich nicht nur für die Jungen und Mädchen einer Klasse Höhepunkte eines Schuljahres, sie machen darüber hinaus allen Bürgern eines Ortes deutlich, daß neben den Schulen auch die Archive ihrem Bildungsauftrag nachkommen und eine bedeutende Aufgabe für die Bewahrung unseres kulturellen Erbes erfüllen. Gerade die Zusammenarbeit mit den Lehrern kann – über die Beschäftigung mit dem aktuellen Jahresthema hinaus – dazu beitragen, einer breiteren Öffentlichkeit die verantwortungsvolle Arbeit der Archive in Bayern nahezubringen.

(Frieß)

Was leisten die Archive für die Gesellschaft? – 56. Südwestdeutscher Archivtag in Freiburg im Breisgau

Die aktuelle Fragestellung des 56. Südwestdeutschen Archivtages lockte etwa 200 Archivare aus dem In- und Ausland vom 17. bis 19. Mai 1996 in die Breisgauemetropole. Sie wurden von der in Freiburg angestrebten Standortbestimmung archivischer Arbeit am Ende des 20. Jahrhunderts nicht enttäuscht. Die Referenten, die aus dem staatlichen, kommunalen und kirchlichen Bereich kamen, erörterten sehr konkret die Auswirkungen der rasanten informationstechnologischen Entwicklung, der ökonomischen Veränderungen und des politischen Wandels auf die zwischen Verwaltung, Wissenschaft, Politik, Öffentlichkeit und Kultur stehenden Archive. Nicht nur die Anwesenheit zahlreicher Gäste aus Politik und Gesellschaft, sondern auch ein in das Tagungsprogramm integrierter Vortrag einer erfahrenen Archivbenutzerin verhinderten dabei eine bloße archivistische Nabelschau.

Im einführenden Hauptreferat ging der Direktor des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Dr. Hermann Rumschöttel von der Frage aus, ob die traditionellen „Hüter der Vergangenheit“ heute in Gefahr seien, „Geisterfahrer auf der Datenautobahn“ zu werden. Damit auch in Zukunft der in den Archivgesetzen vorgegebene Aufgabenkanon erfüllt werden kann, müssen mit Sorgfalt und Augenmaß die richtigen Konsequenzen aus dem informations- und kommunikationstechnologischen Umbruch gezogen werden. Im einzelnen kamen dabei zur Sprache: der Bereich der behördlichen Schriftgutverwaltung, wo Akten und Registraturen durch den elektronischen Text und gigantische Speicher mit digitalisierten Informationen abgelöst werden; der EDV-Einsatz bei archivischen Erschließungsarbeiten und seine Gefahren; Datenverarbeitung und Archivbenützung. Kritisch wurden auch die wachsenden Kommunikationsmöglichkeiten in behördlichen, kommerziellen und freien Netzen beleuchtet.

Trotz aller notwendigen Offenheit für den informationstechnologischen Fortschritt: Die Archive müssen auch in Zukunft der Ort sein, wo die Kenntnis und das Verständnis der schriftlichen Überlieferung in der ihr vom frühen Mittelalter bis in unsere Zeit eigenen Form vorhanden ist, wo nicht nur das klassische und traditionelle Schriftgut selbst, sondern auch die Kultur der Urkunden und Akten bewahrt wird.

Ausführlich beschäftigte sich der Referent mit den laufenden Verwaltungsreformen, an denen die Archive aktiv mitwirken müßten. Die Archivgesetze sind Teil der Verwaltungsreform. Unter anderem legen sie fest, daß die Registraturen der Behörden frühzeitig entlastet werden und daß Archivare durch Beratung und Unterstützung an einer innovativen Verbesserung der Schriftgutverwaltung mitwirken. „Unsere verwaltungsgeschichtlichen und verwaltungsorganisatorischen Kenntnisse würden uns wohl auch befähigen, im politisch-administrativen Raum konkret an der Planung verwaltungsreformerischer Maßnahmen mitzuwirken. Soweit zu sehen, hat man dieses Erfahrungspotential der Archive und Archivare in Deutschland aber noch nirgends intensiver genutzt.“

Weitere thematische Schwerpunkte der Freiburger Tagung waren die Aufgabe der Archive im demokratischen Staat, Verwaltungshandeln auf Dauer nachvollziehbar und kontrollierbar zu machen (Dr. Roland Müller, Ludwigsburg), die Zunahme der allgemeinkulturellen Wünsche an die Archive insbesondere bei den kommunalen Körperschaften (Dr. Joachim Sturm, Villingen-Schwenningen) und die Auswirkungen der „neuen Steuerungsmodelle“ der öffentlichen Verwaltung auf die Archive (Dr. Michael Diefenbacher, Nürnberg).

(R)

Personenforschung in Archiven – Viertes Sächsisch-Bayerisches Archivarstreffen in Leipzig

Mit der Aufarbeitung der eigenen Geschichte und einem zunehmenden Interesse an der jüngsten Geschichte in den neuen Bundesländern rückt auch die Personenforschung immer stärker in den Mittelpunkt. Dies spiegelt sich in der Archivbenützung wider, wo die Personenforschung einen hohen prozentualen Anteil einnimmt. Daher widmete sich das gutbesuchte diesjährige Sächsisch-Bayerische Archivarstreffens, das vom 10. bis 12. Mai 1996 in Leipzig stattfand, der Problematik: „Personenforschung in den Archiven aus rechtlicher und genealogischer Sicht“.

Nach der Eröffnung durch die Leiterin des Sächsischen Staatsarchivs Leipzig, Frau Ingrid Grohmann, und Grußworten von seiten des sächsischen Innenministeriums wie der Stadt Leipzig befaßte sich die erste Arbeitssitzung unter der Leitung von Direktor des Hauptstaatsarchivs Dr. Hermann Rumschöttel (Bayerisches Hauptstaatsarchiv) mit Fragen und Problemen der Personenforschung mit Schwerpunkt auf neuzeitlichem Schriftgut des 19. und 20. Jahrhunderts. Nach einer ausführlichen Einführung in die Problematik durch Dr. Rumschöttel referierte der sächsische Datenschutz-

beauftragte Dr. Thomas Giesen über das Thema: „Was tun mit den Unterlagen aus dem DDR-Staatsapparat“, ein im wesentlichen über den Widerstreit der Grundrechte Personen- und Datenschutz einerseits, Wissenschaftsfreiheit andererseits handelnder Vortrag. Angesprochen wurde auch die Möglichkeit einer Verkürzung der in den Archivgesetzen festgeschriebenen Schutzfristen für personenbezogenes Schriftgut bei Forschungsvorhaben von öffentlichem Interesse. Die anschließenden Vorträge behandelten die Frage, wie die personenbezogene Archivalienvorlage bzw. -auskunft im Einzelfall aussehen kann und welche rechtlichen Probleme (Beachtung sämtlicher Schutzfristen: Archivgesetz, Datenschutz, Steuer-, Sozial- und Meldegeheimnis) oder auch innerarchivischen Probleme (Ordnungs- und Erschließungszustand) dabei von Belang sein können.

In der zweiten Arbeitssitzung unter Leitung von Frau Martina Wermes (Sächsisches Staatsarchiv Leipzig, Abt. Deutsche Zentralstelle für Genealogie) stand die genealogische Forschung im Mittelpunkt. Die Genealogen hatten Gelegenheit, ihre teilweise sehr weitgehenden Wünsche bezüglich rechtlicher, benützungstechnischer und gebührenrechtlicher Fragen an die Archive heranzutragen. Eigens wurde auch auf die in kirchlichen Archiven verwahrten genealogischen Quellen hingewiesen (für Bayern von Dr. Herbert Wurster, Bistumsarchiv Passau).

Archiv- und Stadtführungen, ein Empfang der Stadt Leipzig im Festsaal des Neuen Rathauses sowie ein Abendessen in „Auerbachs Keller“ bildeten das Rahmenprogramm dieser anregenden Fachtagung. Die Vorträge werden in gewohnter Form publiziert werden.

(Ks)

Ministerratsprotokolle des Kabinetts Wilhelm Hoegner I (1945/46) erschienen

Die von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns herausgegebene Editionsreihe der Protokolle des Bayerischen Ministerrats für die Jahre 1945 bis 1954 macht eine Schlüsselquelle zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Bayerns in der Nachkriegszeit zugänglich.

Der erste Band mit den Ministerratsprotokollen des Kabinetts Schäffer wurde am 8. März 1995 Ministerpräsident Edmund Stoiber in der Bayerischen Staatskanzlei übergeben (siehe NACHRICHTEN Nr. 39/1995). Nach relativ kurzer Zeit konnte der Bearbeiter Karl-Ulrich Gelberg bereits den zweiten Band über die Amtszeit von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner (28. September 1945 bis 21. Dezember 1946) vorlegen (siehe auch S. 22). Darin sind alle Protokolle der 59 Ministerratssitzungen des zweiten bayerischen Nachkriegskabinetts auf der Grundlage der den Mitgliedern der Staatsregierung zugeleiteten hektographierten Exemplare, wie sie sich z.B. im Nachlaß Hoegner im Institut für Zeitgeschichte oder im Nachlaß Ehard im Bayerischen Hauptstaatsarchiv finden, vollständig publiziert. Neben diesen autorisierten Fassungen der Protokolle wurden ergänzend die Entwürfe herangezogen, die in dem bereits an das Bayerische Hauptstaatsarchiv abgegebenen Registraturexemplar der Bayerischen Staatskanzlei überliefert sind. Die ausführlichen Verlaufsprotokolle – es handelt sich nicht um bloße Beschlußprotokolle – zeichnen ein plastisches Bild des

teilweise sehr kontroversen Meinungsbildungsprozesses in dem Kabinett, das sich aus Vertretern der SPD, CSU und KPD zusammensetzte.

Die detaillierte Einleitung informiert über das Kabinett sowie die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit. Durch die Kommentierung der Protokolle aus den Akten der Bayerischen Staatskanzlei, der Staatsministerien und anderer bayerischer und außerbayerischer Behörden (z.B. amerikanische Militärregierung für Bayern) sowie einer Reihe von Nachlässen der handelnden Politiker werden notwendige Erläuterungen und Hinweise auf die weiteren Zusammenhänge gegeben. Ein Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Personen-, Sach- und Ortsregister erschließen die Edition.

Der Band über das Kabinett Hoegner wurde am 6. Dezember 1996 vom Stellvertreter des Bayerischen Ministerpräsidenten, Staatsminister Hans Zehetmair, der Öffentlichkeit präsentiert. Zu diesem Anlaß wurde auch eine kleine Ausstellung über diese erste Amtszeit von Ministerpräsident Wilhelm Hoegner gezeigt, die anhand ausgewählter Dokumente und Fotos auch an die Entstehungsgeschichte der vor 50 Jahren in Kraft getretenen Bayerischen Verfassung erinnert (Begleitheft in der neuen Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“, siehe S. 22).

(Ste)

Archivführer der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer vorgestellt

Am 5. Februar 1996 präsentierte der Bayerische Staatsminister für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Hans Zehetmair, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv den Archivführer der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer der Öffentlichkeit. Das Buch trägt den Titel „Die Staats- und Landesarchive in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp). Archivführer und Inventar der grenzüberschreitenden Überlieferung“ und wurde unter der Federführung der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns als Gemeinschaftswerk von den Archivverwaltungen der zehn Alpenländer Bayern, Graubünden, Lombardei, Salzburg, Sankt Gallen, Südtirol, Tessin, Tirol, Trient und Vorarlberg erstellt. Wie der Minister bei der Präsentation erklärte, stellt das Buch das bislang wichtigste Ergebnis einer langen und intensiven Zusammenarbeit der Archivverwaltungen im Alpenraum dar. Aus kulturpolitischer Sicht verkörpere es exemplarisch die konstruktive Zusammenarbeit der Arge Alp auf dem kulturellen Sektor und liefere einen handfesten Nach-

weis für die enge kulturgeschichtliche Verknüpfung der Alpenregionen im Herzen Europas. Generaldirektor Prof. Dr. Jaroschka führte im einzelnen in die Neuerscheinung ein und erläuterte, daß es sich bei dem Archivführer nicht nur um ein Handbuch über die behandelten 29 Archive mit Übersichten über deren wichtigste Bestände handele, sondern darüber hinaus – wie der Titel sagt – vor allem um ein Inventar der grenzüberschreitenden Überlieferung: Durch die inventarmäßige Erschließung der in den einzelnen Archiven vorhandenen historischen Quellen, die sich auf andere Mitgliedsländer der Arge Alp beziehen oder für diese von besonderem Interesse sind, werden der Geschichtswissenschaft, aber auch der Heimat- und Familienforschung der Alpenländer wichtige Hilfsmittel zur Verfügung gestellt. Der Archivführer ist beim Bayerischen Hauptstaatsarchiv zum Preis von DM 25,- erhältlich (siehe auch S. 21).

(L)

Weiterentwicklung der EDV-Anwendung in den staatlichen Archiven

Nach dem erfolgreichen Abschluß des EDV-Vorprojekts (s. NACHRICHTEN Nr. 37/1993) konnte im Frühjahr 1995 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv ein größeres Computernetz installiert werden, in das derzeit ca. 40 Arbeitsplatzrechner (davon 7 im Staatsarchiv München) integriert sind. Das Netz, an das gegenwärtig die Abteilungen Z, I und II des Hauptstaatsarchivs und das Staatsarchiv München angeschlossen sind, soll in nächster Zukunft auch die Abteilungen III und V und die Generaldirektion aufnehmen.

Nach wie vor wird mit den Betriebssystemen MS-DOS und Novell Netware 3.12 und den Anwendungen WordPerfect (Textverarbeitung) und FAUST (Archivalienverzeichnis und Findbucherstellung) gearbeitet. Der Schutz vor Computerviren wird mit McAfee Netshield und F-Prot realisiert, die tägliche automatisierte Datensicherung auf Magnetbändern mit Arcserve. Auch die Amtsbücherei des Bayerischen Hauptstaatsarchivs arbeitet in einigen Bereichen mit FAUST (Zugang und Katalogisierung), die Umstellung der Benutzer- und Verwaltungsregistratur auf FAUST ist in Vorbereitung. Im Rahmen der Weiterentwick-

lung des Dokumentationsprogramms FAUST fand am 21. November 1996 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv ein Anwendertreffen mit mehr als 30 Teilnehmern aus ganz Deutschland statt, auf dem auch die Herstellerfirma von FAUST vertreten war.

An das Netz ist auch ein Rechner angeschlossen, der die drei Chipterminals für das Zeiterfassungssystem steuert, das im Zusammenhang mit der Einführung der gleitenden Arbeitszeit angeschafft wurde. Über die auf dem Netzserver installierte Zeiterfassungs-Software ZEPEN können die für diesen Bereich tätigen Sachbearbeiter in der Generaldirektion, im Hauptstaatsarchiv und im Staatsarchiv München online mit den Zeiterfassungsdaten arbeiten.

Auch die übrigen Staatsarchive sind inzwischen mit lokalen Netzen ausgestattet worden. Lediglich das Staatsarchiv Coburg und die Außenstellen Eichstätt und Lichtenau arbeiten noch mit Einzelplatzsystemen.

(Lu)

Dezentrale Budgetverantwortung bei den Staatlichen Archiven Bayerns

„Zur Gewinnung von Erfahrungen mit einer dezentralen Budgetverantwortung können bei geeigneten abgegrenzten Verwaltungseinheiten Pilotprojekte durchgeführt werden“ – dieser einleitende Satz in den Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz 1995/1996 bildet den Ausgangspunkt für den Beginn weitreichender Veränderungen in der Wirtschafts- und Haushaltsführung der bayerischen Archivverwaltung. Innerhalb eines breit angelegten repräsentativen Querschnitts durch die gesamte Staatsverwaltung nehmen seit 1996 die Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns und die bayerischen Staatsarchive am Pilotprojekt Budgetierung teil.

Vor dem Hintergrund der Finanzknappheit der öffentlichen Haushalte wird eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Verwaltung angestrebt. Diese Steigerung soll durch eine größere Eigenverantwortung der einzelnen Behörden und durch eine weitgehende Befreiung von zahlreichen formalen Vorschriften des bisherigen Haushaltsrechts erreicht werden. In der Sprache des Neuen Steuerungsmodells, das in den vergangenen Jahren im In- und Ausland entwickelt wurde, heißt dies: Zusammenführung von Fachverantwortung und Ressourcenverantwortung (Sachmittel und Personal). Im Rahmen dieser Flexibilisierung der Haushaltsführung hat die Generaldirektion die Haushaltsmittel für das Haushaltskapitel der Staatlichen Archive als Gesamtzuweisung in einer Summe erhalten. Sie ist damit auch für die Einhaltung des Gesamtbudgets verantwortlich. In den Kassenanschlägen an das Bayerische Hauptstaatsarchiv und die Staatsarchive wurden sämtliche Ausgabeansätze für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Am Ende des Haushaltsjahres nicht verbrauchte Ausgabemittel sind generell in das nächste Jahr übertragbar. Diese Änderungen bei den haushaltsrechtlichen Vorgaben dienen selbstverständlich nicht dazu, den Bewirtschaftern durch größere Spielräume lediglich die Arbeit zu erleichtern, sondern sie sollen eine Dividende in Form einer Leistungssteigerung abwerfen. Diese Leistungssteigerung kann zum einen rein monetär erreicht und dargestellt werden, nämlich durch die Einsparung von 10 % des Mitteleinsatzes innerhalb der zweijährigen Laufzeit des Pilotprojekts. Auf der anderen Seite ist eine Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

auch erreichbar durch eine meßbare Leistungssteigerung bei der Erledigung der Fachaufgaben. Diesen Weg geht die Archivverwaltung. Bei den zentralen archivischen Fachaufgaben wie „Schriftgutübernahme“, „Ordnung und Verzeichnung“ sowie „Sicherung und Aufbewahrung“ wird eine Verbesserung der bisherigen Ergebnisse angestrebt. Durch vorgezogene Beschaffung von technischen Hilfsmitteln wie z.B. zusätzlichen EDV-Arbeitsplätzen im Rahmen des flexiblen Haushaltsvollzugs, durch innerorganisatorische Maßnahmen wie den schwerpunktmäßigen Einsatz von studentischen Hilfskräften und die Bildung von projektbezogenen Arbeitsgruppen soll die „Produktion“ der archivischen Leistungen gesteigert werden. Der Nachweis einer Leistungssteigerung kann nur geführt werden, wenn den haushaltsrechtlichen Vereinfachungen ein aussagekräftiges Berichtswesen in Verbindung mit Elementen der Kosten- und Leistungsrechnung gegenübergestellt wird. Hier kann die Archivverwaltung an ihr bereits existierendes differenziertes Instrument der jährlichen Archivstatistik anknüpfen. Nach wenigen Ergänzungen, z.B. der Erfassung der mündlichen Auskunftstätigkeit, wird es künftig möglich sein, im Rahmen einer zunächst noch rudimentären Kosten- und Leistungsrechnung die zentralen archivischen Leistungen zu dokumentieren und zu dem erforderlichen Aufwand in Beziehung zu setzen. Mit Budgetierung sowie Kosten- und Leistungsrechnung sind die beiden Kernpunkte eines künftigen staatlichen Haushaltswesens angesprochen, das durch eine verstärkte betriebswirtschaftliche Ausrichtung gekennzeichnet sein wird.

Für den Erfolg des laufenden Pilotprojektes ist die Motivation aller Mitarbeiter unverzichtbar. Deshalb wurden die Projektziele im Rahmen verschiedener Informationsveranstaltungen und Dienstbesprechungen dargestellt und erläutert, in gleicher Weise wurden die Personalvertretungen durch eine umfassende Unterrichtung von Anfang an am Projekt beteiligt. Schließlich muß sich die Archivverwaltung als Ganzes nach Abschluß des Projektes im Jahr 1998 dem Vergleich mit den anderen Pilotbehörden stellen.

(Bay)

Nichtstaatliche Archive erhalten Zuwendungen aus dem Regionalförderungsprogramm

Während die Förderung des öffentlichen Büchereiwesens in Bayern auf eine lange Tradition zurückblicken kann und in den Haushaltsplänen mit ansehnlichen Beträgen vertreten ist, fehlte es bisher an einem vergleichbaren Gegenstück für die nichtstaatlichen Archive. So gehört es zwar seit jeher und ausdrücklich seit dem Inkrafttreten des Bayerischen Archivgesetzes am 1. Januar 1990 zu den Aufgaben der staatlichen Archive, die nichtstaatlichen Archiveigentümer bei der Sicherung und Nutzbarmachung ihres Archivguts zu beraten und zu unterstützen. Eine materielle Förderung war bislang jedoch nicht möglich.

Erstmals im Haushaltsjahr 1995 konnte nun eine Unterstützung auch in finanzieller Form verwirklicht werden, und zwar im Rahmen des „Bayerischen Regionalförderungsprogramms für kulturelle Maßnahmen“, das ein Gesamtvolumen von jeweils 3,4 Millionen DM für die Jahre 1995 und 1996 vorsieht. Ziel des Programms ist die Förderung des bayerischen Grenzgebietes zur Tschechischen Republik in seiner kulturellen Brückenfunktion zu den östlichen Nachbarn. Das Fördergebiet umfaßt die kreisfreien Städte Hof, Weiden und Passau, die Landkreise Hof, Wunsiedel, Tirschenreuth, Neustadt a. d. Waldnaab, Schwandorf, Cham, Regen, Freyung-Grafenau und Passau. Neben einer Vielzahl von kulturellen Bereichen wie nichtstaatliche Theater, grenzüberschreitende Veranstaltungen u.ä. sind auch der Bau und die Einrichtung von Archiven förderfähig.

Als Zuschußempfänger kommen kommunale Gebietskörperschaften, Körperschaften des öffentlichen Rechts (also auch kirchliche Träger), Vereine und Verbände in Frage, wenn sie kulturelle Zwecke verfolgen. Privatpersonen und staatliche Einrichtungen sind ausgeschlossen. Nach der Durchführung des Antragsverfahrens, welches von den beteiligten Staatsarchiven Amberg, Bamberg und Landshut wegen der knappen

Fristen und der ungewohnten Materie ein rasches und aktives Vorgehen verlangte, konnten im Jahr 1995 acht Fördermaßnahmen mit einem Zuschußvolumen von 138.155 DM finanziert werden. Die endgültige Auswahlentscheidung lag beim Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst. Der Kreis der Zuwendungsempfänger reichte von den kreisfreien Städten Hof und Passau, den Städten Kötzing und Weiden, den Gemeinden Lindberg, Pullenreuth und Traitsching bis zum Oberpfälzer Waldverein-Zweigverein Griesbach/Opf. Gefördert wurden nur Maßnahmen zur Stärkung der archivischen Infrastruktur, vor allem Umbau- und Ausbaumaßnahmen von Archivräumen, Ergänzung und Verbesserung der Einlagerungsmöglichkeiten von Archivgut (Regale, Planschränke) und Modernisierung der Benutzer- und Öffentlichkeitsbereiche. Die ausgezahlten Zuwendungen bewegten sich dabei von 5.000 DM bis zu einem Betrag von 42.000 DM. Als wertvolle Helfer erwiesen sich die ehrenamtlichen Archivpfleger in den jeweiligen Sprengeln, die bei der Auswahl der Vorhaben beratend mitwirkten und regelmäßig nach Abschluß der einzelnen Förderprojekte ein Gutachten über die fachgerechte Durchführung der Maßnahmen erstellten.

Im Jahr 1996 stehen fünf Projekte mit einem Zuschußvolumen von 113.500 DM in der Verwirklichung.

Wenn auch wegen der kurzen Laufzeit des Regionalförderungsprogramms für kulturelle Maßnahmen und seiner räumlichen Begrenzung auf das ostbayerische Grenzland noch keine flächendeckende Wirkung erzielt werden konnte, so wurden doch erstmals Ansätze in der Förderung des nichtstaatlichen Archivwesens verwirklicht, von denen eine Signalwirkung für die Zukunft erwartet werden kann.

(Bay)

Aus der Statistik der Staatlichen Archive Bayerns

Die Beiträge zu bemerkenswerten Einzelereignissen sollen zur Abrundung des Bildes wieder um einige zentrale Zahlen aus der Archivstatistik des Jahres 1995 ergänzt werden, welche die Tätigkeit der Archive in ihren Kernaufgaben veranschaulichen können.

Die Übernahme von Schriftgut aus den Registraturen der Behörden und Gerichte entsprach dem Niveau des Vorjahres. Der Beständezuwachs beträgt 2.829 Meter und besteht aus 574.345 Archivalieneinheiten. Ange-

sichts dieses erheblichen Umschlages von archivreifem Schriftgut ist es sicher berechtigt, auch einmal näher auf die manuellen Ordnungsarbeiten einzugehen, die zwar unspektakulär im Stillen geschehen, ohne die eine dauerhafte und sichere Aufbewahrung des Archivgutes aber nicht denkbar ist. Das archivwürdige moderne Schriftgut wird regelmäßig in Stehordnern und ähnlichen Aktenbehältern übernommen, aus denen es vor seiner endgültigen Einlagerung im Magazin ent-

nommen werden muß. Aktendeckel und Umschläge zum Schutz der Schriftstücke sind oft nicht vorhanden oder durch den Gebrauch in der Registratur zerschlossen. Deshalb wurden im Berichtsjahr 1995 ca. 65.000 Akten in neue alterungsbeständige Aktendeckel gelegt, 125.000 Akten erhielten neue Signaturschilder mit Bestandsbezeichnung und laufender Nummer. Insgesamt wurden 14.364 Stülpedeckelkartons – jeder 20 cm hoch – gefüllt und anschließend eingelagert. Aus 8.000 Akten wurden Metallteile wie Büro- und Heftklammern entfernt, um ihr sonst unvermeidliches Durchrosten und die damit verbundene Beschädigung der Schriftstücke zu verhindern.

Neben der Übernahme und Erschließung von Archivgut stellt die Benützung einen Schwerpunkt der archivischen Aufgaben dar. So haben 5.808 Benützer die Archive im Jahr 1995 persönlich insgesamt 30.694 mal

aufgesucht, um ihr Forschungsanliegen durch Einsicht in die Quellen voranzubringen. Dazu wurden ihnen 159.000 Archivalien in den Lesesälen vorgelegt und 6.900 Fotoaufträge erledigt.

Für die fachliche Beratung in rechtlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, für Fotoarbeiten und die Herstellung von Siegelabgüssen wurden Gebühreneinnahmen in Höhe von 500.000 DM erzielt, obwohl für die meisten Archivbenützer Gebührenerfreibriefe nach den geltenden Vorschriften gewährt wurden.

Auf dem Gebiet der historisch-politischen Bildungsarbeit sind insgesamt 14 Ausstellungen durchgeführt worden, die von 25.000 Besuchern angesehen wurden.

(Bay)

Ausstellung „Bayern entsteht – Montgelas und sein Ansbacher Mémoire von 1796“

Vor 200 Jahren, am 30. September 1796, überreichte der Zweibrücker Legationsrat Maximilian Joseph von Montgelas (1759–1838) dem pfalzbayerischen Thronfolger, Herzog Maximilian Joseph von Pfalz-Zweibrücken, im preußischen Ansbach, wohin sie vor den französischen Truppen geflohen waren, eine Denkschrift zur grundlegenden Reform des Staatswesens in Bayern. Die für die Ausstellung titelgebende Denkschrift wurde erst 1970, als der Nachlaß Montgelas' vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv erworben werden konnte, von Eberhard Weis, dem Biographen Montgelas', unter dem Namen „Ansbacher Mémoire“ bekannt gemacht und in der französischen Originalsprache ediert (im Katalog zur Ausstellung findet sich der vollständige Text in deutscher Übersetzung). Da das für den Herzog bestimmte Original der Denkschrift in dessen Nachlaß im Geheimen Hausarchiv nicht überliefert ist, stellt der in Montgelas' Nachlaß erhaltene Entwurf im Umfang von 20 handgeschriebenen Seiten das zentrale Dokument der Ausstellung dar.

Bereits 1988 hat das Bayerische Hauptstaatsarchiv in einer eigenen, mehr biographisch angelegten Ausstellung zum 150. Todestag des bayerischen Staatsmannes Montgelas das Ansbacher Mémoire einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Die jetzt gemeinsam vom Haus der Bayerischen Geschichte und vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv konzipierte und erarbeitete Ausstellung zeigt vor allem die Umsetzung von Montgelas' Vorschlägen in praktische Politik zwischen 1799, als er zum nahezu allmächtigen Mini-

ster des neuen bayerischen Kurfürsten Max' IV. Joseph (seit 1806 König) aufstieg, und 1817, dem Jahr seines von Kronprinz Ludwig betriebenen Sturzes. In dieser Zeit wurden die Weichen für die Errichtung eines modernen und leistungsfähigen Staates gestellt, viele politische Entscheidungen dieser Umbruchzeit prägen Bayern bis heute (z.B. Arrondierung des Staatsgebiets, Ministerialorganisation, Verwaltungsgliederung, Schaffung eines modernen Beamtentums). Rund 200 z.T. erstmals gezeigte Objekte (darunter 62 aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv und dem Staatsarchiv München) veranschaulichen, welche wesentlichen Veränderungen in Recht und Verwaltung, Wirtschaft und Finanzen, Militär und Kultur durch Montgelas' Denkschrift angestoßen wurden.

Die Ausstellung wurde zuerst am historischen Ort in der Residenz in Ansbach gezeigt (30. September bis 17. November 1996). Die zweite Ausstellungsstation in der Bayerischen Staatskanzlei in München (3. Dezember 1996 bis 2. Februar 1997) ist um eine Sequenz erweitert: Ausgehend von der Konstitution von 1808, die als Zusammenfassung und Etablierung des Ansbacher Mémoires gesehen werden kann, und der Verfassung von 1818, die Montgelas nur noch anregen konnte, wird am Beispiel weiterer Dokumente aus dem Bayerischen Hauptstaatsarchiv die Verfassungsentwicklung in Bayern bis 1946 herausgearbeitet.

(Ste)

Föderalismus in Deutschland: Ausstellungen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in Brüssel und Bonn

Für die Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union hat das Bayerische Hauptstaatsarchiv eine Ausstellung mit dem Thema „Bayern und das Deutsche Reich 1871–1918“ erarbeitet, die von Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser am 1. März 1996 in Brüssel eröffnet wurde. In 15 Kapiteln und mit 75 Exponaten veranschaulichen bayerische Quellen vornehmlich die bundesstaatliche Verfassungskonstruktion des Deutschen Kaiserreichs, die den „Mitgliedern des Bundes“ sowohl die Erhaltung der eigenen Staatlichkeit als auch Mitsprache und Mitentscheidung auf nationaler Ebene garantierte. Die Ausstellung fand in Brüssel große Resonanz. Seit Mitte November 1996 ist sie in der Bayerischen Vertretung in Bonn zu sehen, wo sie unter dem Titel „Föderalismus im Nationalstaat“ am 13. November von der Bayerischen Staatsministerin für Bundesangelegenheiten Prof. Ursula Männle eröffnet worden ist.

In Brüssel folgte als weitere Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs eine Dokumentenschau über „Bayern und die Bundesrepublik Deutschland“, in der es um Rolle und Stellung des nach 1945 wiedererrich-

teten Freistaates Bayern in Deutschland und in Europa geht, insbesondere um das Spannungsverhältnis von Wiederaufbau eines deutschen Gesamtstaates nach 1945 und europäischer Einigung einerseits und Schaffung und Erhaltung einer bewährten föderativen Ordnung andererseits. Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber eröffnete diese Ausstellung vor zahlreichen geladenen Gästen am 14. November 1996 im Gebäude der Bayerischen Vertretung in Brüssel.

Der Direktor des Bayerischen Hauptstaatsarchivs Dr. Hermann Rumschöttel betonte in seinen einführenden Worten sowohl in Brüssel wie in Bonn, die Ausstellungen machten deutlich, wie sehr das politische Selbstverständnis des Freistaates Bayern als Hort föderativer Strukturen in Deutschland und in Europa auch aus geschichtlicher Erfahrung erwachsen ist. Begleithefte zu beiden Ausstellungen sind in der neuen Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“ erschienen (siehe auch S. 21).

(R)

Plakatausstellung im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Vom 17. September bis zum 29. November 1996 zeigte das Bayerische Hauptstaatsarchiv erstmals eine Ausstellung, die ausschließlich auf der Grundlage von politischen Plakaten erarbeitet wurde: „Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik“. Die Ausstellung thematisierte die Wahlkämpfe und politischen Verlautbarungen der Weimarer Zeit in Bayern und im Deutschen Reich und war damit ein Spiegel nicht nur der politischen Parteien selbst und ihrer Aktivitäten, sondern auch der Politik der Weimarer Zeit. Archivdirektor Dr. Siegfried Wenisch, der seit dem 1. September 1996 in den Ruhestand getretene Leiter der Abteilung für Nachlässe und Sammlungen des Archivs, hatte aus der rund 40.000 Einzelstücke umfassenden Plakatsammlung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, die zu den größten Sammlungen dieser Art in Deutschland zählt, 116 inhaltlich, darstellerisch oder künstlerisch eindrucksvolle und aussagekräftige Exemplare ausgesucht und die Ausstellung wissenschaftlich erarbeitet. Die Ausstellung, die auch einen Beitrag der bayerischen Archivverwaltung zum 41. Deutschen Historikertag in München darstellte, wurde am 16. September vom Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht,

Kultus, Wissenschaft und Kunst, Rudolf Klinger, eröffnet.

Aus der zersplitterten Parteienlandschaft der Weimarer Zeit wurden Plakate der Sozialdemokratischen Partei (SPD), der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), der Kommunistischen Partei (KPD), der Deutschen Demokratischen Partei (DDP) bzw. seit 1930 Deutschen Staatspartei, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei (DVP), der Bayerischen Volkspartei (BVP), der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) und der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) vorgestellt, die ein plastisches Bild der Zeit vom Ende der Monarchie im November 1918 bis zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 entstehen ließen. Das Plakat als wichtige archivische Quelle zur Zeitgeschichte konnte auf diese Weise in augenfälliger Weise der Öffentlichkeit nähergebracht werden. Kritische Auseinandersetzung mit dem Inhalt politischer Plakate ist nötig, denn sie sind naturgemäß parteilich, keine objektiven historischen Quellen. Sie geben zwar vor, zu unterrichten und zu informieren, aber sie übertreiben auch, sie verführen und lügen sogar. Entsprechend der im Bayerischen Hauptstaatsarchiv archivierten Überlieferung legte die

Ausstellung den Schwerpunkt auf Bayern, wobei München als Zentrum der politischen Entscheidungen besonders stark vertreten war.

Der zur Ausstellung erschienene wissenschaftliche Katalog umfaßt 152 Seiten. Er enthält Farbabbildungen aller 116 ausgestellten Plakate, eine kurze Geschichte der vorgestellten Parteien und ausführliche Informationen zu jedem Exponat (siehe auch S. 21).

Die Ausstellung wurde sehr gut besucht, insbesondere von Schulen. Unter den 6.000 Ausstellungsbesuchern waren rund 70 Klassen mit 1.250 Schülern. Für 50 Klassen, aber auch für andere Gruppen, wurden Führungen veranstaltet.

(Rp)

Weitere Ausstellungen

Wie in den vergangenen Jahren traten die staatlichen Archive auch heuer wieder im Rahmen ihrer historisch-politischen Bildungsarbeit mit verschiedenen Ausstellungen an die Öffentlichkeit. Außer der großen Plakatausstellung war im Bayerischen Hauptstaatsarchiv vom 11. März bis 19. April 1996 die Ausstellung „Ranke und Bayern“ zu sehen. Der Anlaß für diese kleine Ausstellung war der 200. Geburtstag des bedeutenden Historikers und ersten Präsidenten der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften Leopold von Ranke (1795–1886). Er gilt als der Begründer der modernen, auf kritischer Quellenforschung und -analyse beruhenden Geschichtswissenschaft und spielt insofern für die Archive eine wichtige Rolle. Gezeigt wurden in erster Linie Briefe, die zu einem erheblichen Teil aus der Abteilung III (Geheimes Hausarchiv) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs stammten, ergänzt um einige Leihgaben aus der Bayerischen Staatsbibliothek, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften (Historische Kommission) und dem Münchner Stadtmuseum (Begleitheft zur Ausstellung in der neuen Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“, siehe S. 21).

Es folgte vom 6. Mai bis 12. Juni die von der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat in Bonn übernommene Wanderausstellung „Große Deutsche aus dem Osten“. Ziel dieser Ausstellung war es, den nach Rang und Umfang herausragenden Beitrag der Deutschen aus dem Osten zur deutschen und europäischen Kultur beispielhaft zu veranschaulichen. Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Rudolf Klinger, erinnerte in seiner Eröffnungsansprache im Bayerischen Hauptstaatsarchiv daran, daß sein Ministerium kurz zuvor in einer ausführlichen Bekanntmachung zur Darstellung Deutschlands im schulischen Unterricht darauf hingewiesen habe, daß es ein wichtiger Bildungsauftrag sei, Kenntnisse über die früheren deutschen Siedlungsgebiete, ihre Geschichte und Kultur zu vermitteln. Ein zur Ausstellung erschienenenes reich bebildertes Begleitbuch kann

bei der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat, Kaiserstraße 113, 53113 Bonn erworben werden.

Anläßlich seines 75jährigen Bestehens (siehe eigenen Bericht S.2) zeigte das Bayerische Hauptstaatsarchiv im Juli eine kleine Ausstellung über seine eigene Geschichte. In drei Sequenzen behandelte sie die Meilensteine der organisatorischen Entwicklung vom Ausgang des 16. Jahrhunderts bis heute, die Archivgebäude und die Archivvorstände. In einer letzten Sequenz wurden anhand von aktuellen Fotografien Schlaglichter auf die vielfältigen Aufgaben und Tätigkeitsbereiche des Bayerischen Hauptstaatsarchivs geworfen. Die Ausstellung wird vom 18. Dezember 1996 bis 31. Januar 1997 im Treppenhaus des Hauptstaatsarchivs nochmals gezeigt (Begleitheft in der neuen Reihe „Bayerisches Hauptstaatsarchiv – Kleine Ausstellungen“, siehe S. 21).

Am 18. Juli 1996 eröffnete der Bayerische Staatsminister der Justiz, Hermann Leeb, im Bayerischen Hauptstaatsarchiv die Ausstellung „1495 – Kaiser, Reich, Reformen. Der Reichstag zu Worms“, die vom Landeshauptarchiv in Koblenz erarbeitet und 1995 im Städtischen Museum in Worms erstmals präsentiert worden war. Als Wanderausstellung war sie bis zum 9. August zu sehen. Mit der Ausstellungseröffnung verbunden war die Vorstellung des neuen Inventarbandes „Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Bd. 2“. Die Gründung des Reichskammergerichts, des höchsten Gerichts im Alten Reich, war auf dem Wormser Reichstag 1495 beschlossen worden. Aus dem umfangreichen Material des Reichskammergerichts, das im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrt wird (mit Akten zu 16.000 Prozessen der größte Bestand in Deutschland), wurden in den beiden Wandvitruinen im ersten Obergeschoß einige aussagekräftige Stücke zur Schau gestellt.

Schon zur Tradition geworden sind die kleinen Ausstellungen der Abteilung IV (Kriegsarchiv) des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in der Münchener Leonrodstraße. Die Themenpalette reichte 1996 von der „Postkartenzensur 1914–1918 in Bayern“ über die „Tiere im

Ersten Weltkrieg – Pferdelazarette und Kadaverwertungsanstalten“ bis zu „Landshut und das 2. Schwere Reiter-Regiment 1815–1919“ (allesamt als Lehrausstellungen von Anwärterinnen des gehobenen Archivdienstes erarbeitet) und „Erinnern und erklären. Der Erste Weltkrieg in volkstümlichen Darstellungen“. Gegen Jahresende soll die Ausstellung „Bayerische Soldaten im Osmanischen Reich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs“ aufgebaut werden.

Im Staatsarchiv Coburg konnte von Mai bis Oktober 1996 die Ausstellung „Die Henneberger im Coburger Land“ und danach die Ausstellung „Lebensspuren deutscher Autoren in Coburg“ besucht werden. Anlässlich der Archivtagung des Landesvereins für Heimatpflege präsentierte das Staatsarchiv Augsburg von März bis April „Judenwege in Bayern“, während man

sich im Staatsarchiv München ab September darüber informieren konnte, „wie Mühldorf bayerisch wurde“.

Für das kommende Jahr werden im Bayerischen Hauptstaatsarchiv Ausstellungen geplant über jüdische Kulturarbeit in Bayern, über die Geschichte des bayerischen Kultusministeriums, das 1997 sein 150jähriges Bestehen feiern kann, und über den Gelehrten und Politiker Friedrich Benedikt Wilhelm von Hermann. Eine größere Ausstellung soll im Herbst „altbayerische Flußlandschaften vom 16.–18. Jahrhundert“ vorstellen. Mit Ausnahme der Ausstellung über die Geschichte des Kultusministeriums, die im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst zu sehen sein wird, finden sämtliche anderen Ausstellungen in den Räumen des Bayerischen Hauptstaatsarchivs statt.

(Sk)

Das Bayerische Hauptstaatsarchiv leiht den „Taufschein Österreichs“, die Ostarrichi-Urkunde, zur Jubiläumsausstellung aus

Österreich, bis 1156 als Markgrafschaft ein Teil des Herzogtums Bayern, feierte in diesem Jahr die Tatsache, daß der Name Österreich vor 1000 Jahren erstmals in einer schriftlichen Quelle in der althochdeutschen Form „ostarrichi“ erwähnt wurde. In der im Original erhaltenen Urkunde, die am 1. November 996 in Bruchsal ausgestellt ist, schenkte Kaiser Otto III. dem Freisinger Bischof Heinrich umfangreichen Grundbesitz in „Niuvanhova“, dem heutigen Neuhofen a. d. Ybbs im österreichischen Bundesland Niederösterreich, und zur genaueren Identifizierung des häufigen Ortsnamens Neuhofen fügte der Schreiber noch hinzu „in regione vulgari vocabulo nuncupato ostarrichi“, „in jener Gegend, die in der Volkssprache Österreich heißt“, wobei damals – und noch lange – unter Österreich nur ein kleiner Teil des heutigen Niederösterreich verstanden wurde. Das Original dieser Schenkungsurkunde aus dem Jahr 996 wird im Bayerischen Hauptstaatsarchiv aufbewahrt, sie lag bis 1803 im Archiv des Bischofs von Freising, der ja Empfänger des Geschenks wie der Urkunde war, und gelangte im Zuge der Säkularisation in das Allgemeine Reichsarchiv, den Vorläufer des Hauptstaatsarchivs, wo sie noch heute im Verband der Freisinger Hochstiftsurkunden liegt. Die Urkunde, die schon vor 20 Jahren einmal in Österreich ausgestellt war, wurde auch diesmal für die große Millenniums-Ausstellung „Ostarrichi – Österreich 996–1996 – Menschen Mythen Meilensteine“, die als gemeinsame Veranstaltung der österreichischen Bundesländer in St. Pölten und in Neuhofen a. d. Ybbs stattfand, zur Verfügung gestellt.

Bevor die Kaiserurkunde für drei Monate München verließ, war sie am 11. April zusammen mit einigen weiteren wichtigen Archivalien zur mittelalterlichen Geschichte Österreichs aus dem Besitz der bayerischen Archivverwaltung anlässlich eines Festaktes, der sich als Auftakt zu den österreichischen Millenniums-Veranstaltungen verstand, im Kuppelsaal der Bayerischen Staatskanzlei zu sehen. In Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens und der Medien begrüßte der Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber den Landeshauptmann von Niederösterreich, Dr. Erwin Pröll, und überreichte ihm eine in den Werkstätten des Bayerischen Hauptstaatsarchivs angefertigte Replik der Ostarrichi-Urkunde. Der Ministerpräsident ging in seiner Rede auch auf die Geschichte der Urkunde ein und unterstrich, daß sie ein gemeinsames Dokument der bayerischen und österreichischen Geschichte sei, wegen der ununterbrochenen Überlieferung in bayerischen Archiven jedoch ihre angestammte Heimat in Bayern habe.

Die große Millenniums-Ausstellung in St. Pölten und Neuhofen a. d. Ybbs wurde am 3. Mai eröffnet. In einem eindrucksvollen Festakt am 19. Mai in Neuhofen a. d. Ybbs, an dem zahlreiche Vertreter des öffentlichen Lebens aus Österreich und Bayern teilnahmen, hatte der Generaldirektor der Staatlichen Archive Bayerns, Prof. Dr. Walter Jaroschka, Gelegenheit, dem Präsidenten der Bundesrepublik Österreich, Dr. Thomas Klestil, das Original der Ostarrichi-Urkunde zu erläutern. Um der Gefährdung der Urkunde durch Lichteinfall und Temperaturschwankungen zu begegnen, waren für die Präsentation des Originals besondere Auflagen ge-

macht und die Ausleihdauer aus konservatorischen Gründen auf drei Monate beschränkt worden. Sogar der Transport erfolgte in einer eigens dafür angefertigten Klimabox. Die österreichischen Medien nahmen den vorübergehenden Aufenthalt der Ostarrichi-Urkunde in Österreich zum Anlaß für zahlreiche Berichte, und der originale Schriftzug „ostarrichi“ wurde und wird immer noch so häufig kopiert, wie es wohl noch nie einem mittelalterlichen Archivale widerfahren ist.

Die Ostarrichi-Urkunde stand in München, unmittelbar vor Beginn ihrer Präsentation in Neuhofen a. d. Ybbs, noch ein weiteres Mal im Zentrum eines Festakts: Am

27. April lud die Österreichisch-Bayerische Gesellschaft zu einer Festveranstaltung in die Aula der Ludwig-Maximilians-Universität ein, an der auch Bundespräsident Dr. Roman Herzog teilnahm. Auch für diese Veranstaltung hatte das Hauptstaatsarchiv eine Auswahl von früh- und hochmittelalterlichen Urkunden zur Geschichte Österreichs aufgebaut. Die Ostarrichi-Urkunde konnte hier nur in einer Nachbildung gezeigt werden, weil das Original bereits für den Transport nach Österreich vorbereitet wurde.

(Rp)

Besuch von Staatssekretär Rudolf Klinger im Staatsarchiv Amberg

Der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst, Rudolf Klinger, stattete in Begleitung des Landtagsabgeordneten Heinz Donhauser dem Staatsarchiv Amberg am 26. Juli 1996 einen Informationsbesuch ab. Sein Interesse galt vor allem den im vergangenen Jahr vom Bayerischen Hauptstaatsarchiv nach Amberg abgegebenen mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Archivalien (vgl. NACHRICHTEN Nr. 39/1995), von welchen eine kleine Auswahl im Ausstellungsraum des Staatsarchivs besichtigt wurde. Generaldirektor Prof. Dr. Walter Jaroschka, der wegen dieses Besuchs ebenfalls anwesend war, erläuterte die Grundprinzipien, die der nun schon fast abgeschlossenen Beständebereinigung zwischen den bayerischen Staatsarchiven zugrundeliegen. Sie bestehen darin, daß die gesamte archivalische Überlieferung eines Territoriums des Alten Reichs ungeteilt dem dafür als allein zuständig erklärten Staatsarchiv zugewiesen wird. In Durchführung dieses Prinzips hat das Bayerische Hauptstaatsarchiv bisher die Bestände des Fürstentums der Oberen Pfalz einschließlich der in ihm gelegenen Klöster an das Staatsarchiv Amberg abgegeben. Staatssekretär Klinger äußerte sich sehr zustimmend zu diesem Programm, weil es einmal seinem fränkischen Regionalbewußtsein entspreche, zum anderen aber auch deshalb, weil es ihm wichtig erscheine, durch die

Regionalisierung der Archivlandschaft ein breiteres Interesse an der Geschichte zu wecken.

Der Anregung von Landtagsabgeordnetem Heinz Donhauser, auch die Archive der Regensburger Institutionen (Hochstift, Reichsstadt, Regensburger Klöster) im Staatsarchiv Amberg zu lagern, begegnete der Generaldirektor mit dem Hinweis auf die völlig anders verlaufene Geschichte Regensburgs, das erst 1810 zu Bayern gestoßen sei und mit den wittelsbachischen Territorien der Oberpfalz nichts zu tun gehabt habe. Von jeher sei Regensburg mehr nach Altbayern hin orientiert gewesen, weshalb es richtigerweise im Bayerischen Hauptstaatsarchiv als dem altbayerischen Zentralarchiv seine archivalische Heimat habe. Auch der Leiter des Staatsarchivs Amberg, Dr. Karl-Otto Ambronn, unterstrich diesen Tatbestand. Er sprach zum Schluß den Wunsch nach einer stärkeren Benützung des Staatsarchivs durch Studenten der Universität Regensburg aus, die noch zu wenig auf die reichhaltigen Bestände für ihre Zulassungs-, Magister- und Doktorarbeiten zurückgreifen würden.

Mit einem Rundgang durch das in den 80er Jahren sanierte und erweiterte Archivgebäude beendete der Staatssekretär seinen Besuch des Staatsarchivs.

(A)

Archive im Dienst der Umwelt

Für eine vom Bayerischen Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen in Auftrag gegebene Studie über Rüstungsaltslasten und deren Sanierung recherchierte Ende 1994 eine mehrköpfige Arbeitsgruppe einer Spezialfirma in den bayerischen Staats-

archiven. Es galt, die Orte zu ermitteln und zu erfassen, an denen Munition, Kampfstoffe aus der Zeit des letzten Krieges, aber auch aus älterer Zeit, bzw. deren unzureichend entsorgten Überreste gelagert sein können. Im Verlauf der Nachforschungen wurden allein im

Bayerischen Hauptstaatsarchiv mehrere tausend Akten verschiedenster Bestände mit Unterlagen aus der Zeit ab ca. 1850 ausgewertet. Rund 2.000 Akten wurden einer näheren Überprüfung unterzogen. Die Recherchen waren nur möglich, weil die Archive eigenes Personal zur Beratung und Unterstützung der Arbeitsgruppe zusätzlich bereitgestellt haben. Die aus den Akten erhobenen Daten wurden beim Umweltministerium in einer Umweltdatenbank und einer schriftlichen

Dokumentation zusammengeführt. Sie bilden die Grundlage für das geplante Programm der Sanierung der für die Zeit bis 1945 festgestellten 350 Rüstungsalastlastenverdachtsorte in Bayern. In der Presse wurde Ende November ausführlich über die Aktion berichtet, auch die Mitarbeit der Archive wurde dabei gewürdigt.

(S)

Zur Einweihung des neuen Diözesanarchivs Eichstätt

Zur Einweihung des Neubaus für das Diözesanarchiv Eichstätt am 25. Oktober 1996 überbrachte Generaldirektor Prof. Dr. Walter Jaroschka die Grüße der Staatlichen Archive Bayerns. In seiner kurzen Ansprache wies er auf das vertrauensvolle Verhältnis hin, das in Bayern zwischen den staatlichen und kirchlichen Archiven bestehe. Dies habe nur entstehen können, weil der Staat „auf jede unwillkommene Einflußnahme (z.B. durch das Bayerische Archivgesetz) verzichtet habe“, andererseits aber durchaus stets „willkommene fachliche Unterstützung im Rahmen seiner Möglichkeiten“ angeboten habe, wie z.B. bei der Ausbildung kirchlicher Archivare, der Archivbauberatung und der Sicherungsverfilmung der Pfarrmatrikeln. An all diesen Subsidiaritätsmaßnahmen habe auch die Diözese Eichstätt partizipiert. Der Generaldirektor erinnerte daran, daß im Rahmen der Beständebereinigung zwischen den bayerischen Staatsarchiven alle in Staatsbesitz

befindlichen Archivalien, seit 1993 auch die mittelalterlichen Urkunden, des Hochstifts und des Domkapitels Eichstätt sowie der eichstättischen Klöster in dem für das Territorium des ehemaligen Hochstifts Eichstätt zuständigen Staatsarchiv Nürnberg vereinigt worden sind und nun der Forschung in ihrem ursprünglichen Überlieferungszusammenhang ungeteilt zur Verfügung stehen. Trotz der Säkularisation, bei der der bayerische Staat viel zur Erhaltung der schriftlichen Überlieferung getan habe, sei Eichstätt mit dem Diözesanarchiv, dem Stadtarchiv, der Archivaliensammlung des Historischen Vereins und durch die Außenstelle des Staatsarchivs München auf der Willibaldsburg ein hervorragender Archivstandort geblieben. Die Bildung eines Universitätsarchivs bleibt noch ein Desiderat.

(L)

Ankauf des Schloßarchivs Waal für das Staatsarchiv Augsburg

Der durch sein Passionsspiel überregional bekannte Markt Waal (Landkreis Ostallgäu) war Sitz einer Adelherrschaft der seit 1150 genannten Herren v. Waal, welche in Abhängigkeit zu den Welfen und dann zu den Staufern standen. Unklar ist der Übergang an das Hochstift Augsburg, welches diesen Besitz als Lehen ausgab. Ab dem 14. Jahrhundert wechselte die Herrschaft Waal, die zum Kanton Donau der Reichsritterschaft steuerte, oft den Besitzer. 1820/26 erwarben die Fürsten von der Leyen Waal. Verbunden mit Waal war seit 1779 die benachbarte Adelherrschaft *Unterdießen* (auch Schwabdiëßen genannt im Gegensatz zu Bayerdiëßen = Diëßen a. Ammersee) mit Ellighofen und Dornstetten, die nicht nur unmittelbar an das Herzogtum Bayern angrenzte, sondern auch von Bayern zu Lehen ging und ursprünglich zum herzoglich-bayerischen Landgericht Schongau gehörte. Sie entwickelte sich aber dann gleichfalls zu einer reichs-

ritterschaftlichen Herrschaft im Ritterkanton Donau. Bei der Lage am Lechrain, dem Grenzsaum zwischen Schwaben und Bayern (und hier wiederum schwabseits, weil unmittelbar westlich des Lechs gelegen), verwundert es nicht, daß Unterdießen 1972 von dem schwäbischen Landkreis Kaufbeuren abgetrennt und dem oberbayerischen Landkreis Landsberg a. Lech zugeteilt wurde. Kompliziert wird die Sache um die Herrschaft Waal / Unterdießen schließlich noch dadurch, daß auch das nordwestlich von Landsberg und schwabseits des Lechs gelegene *Hurlach*, ursprünglich eine Adelsmark im herzoglich bzw. zuletzt kur-bayerischen Landgericht und damit im heutigen Landkreis Landsberg, von 1846 bis 1878 den Fürsten von der Leyen zu Waal gehörte.

Der Käufer von Waal, Fürst Erwein von der Leyen, ließ im Jahre 1844 in Waal ein eigenes Archivgebäude

errichten: einen fast quadratischen, einstöckigen, aber unterkellerten Bau in einer Geländemulde neben dem Schloß. Dieser Bau war gedacht für die Aufnahme der umfangreichen Archive, die damals den Fürsten von der Leyen gehörten. Die Leyen waren im 15./16. Jahrhundert kurtrierische bzw. kurkölnische Amtleute gewesen – ihr rascher Aufstieg zeigte sich daran, daß Carl Caspar von der Leyen in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Kurfürst von Trier wurde. Unter ihm bildete sich Blieskastel (am Saar-Zufluß Blies im heutigen Saarland) als Leyensches Zentrum heraus, das bis zur Französischen Revolution Residenz wie auch Sitz der Leyenschen Archive war. Diese wurden 1793 nach Wiesentheid und Gaibach geflüchtet. Das Haus Leyen war ohne Entschädigung für den Verlust seiner linksrheinischen Besitzungen geblieben, wurde allerdings 1806 in den Fürstenstand erhoben, verlegte seinen Sitz auf das Schloß Ahrenfels am Rhein bei Bad Hönningen (Rheinland-Pfalz) und zog dorthin nach einem Jahrzehnt des Exils in Unterfranken auch seine Archive. 1841 wurden diese nach (Hohen-)Geroldseck (heute Ortenaukreis, Baden-Württemberg) verlegt (seit 1697 Besitz der Leyen, 1806 zu einem kurzfristig souveränen Fürstentum erhoben), von wo sie schließlich ab 1845/46 nach und nach in den Archivneubau in Waal umgelagert wurden.

Das Archivgebäude wurde konzipiert mit einem kleineren und einem größeren Saal (mit gewölbter, Pfeiler-gestützter Decke) und ausgestattet mit 23 Wandnischen zur Aufnahme der Archivregale sowie zwei in den Raum gestellten Urkundenschränken. In den kleineren Saal kamen die Akten über Waal / Unterdießen, Hurlach und Hohengeroldseck, die Regale des Hauptsalles nahmen das Familienarchiv und die Archivunterlagen über die verlorengegangenen linksrheinischen Besitzungen des Hauses Leyen an Rhein und Mosel sowie in der sog. Saarpfalz (heute Saarland) auf, gliedert nach den einzelnen Kellereien und Ämtern. Erschlossen war dieses von der Leyensche Gesamtarchiv durch ein von Dr. Friedrich Prinzing, dem Erzieher der fürstlichen Kinder in Schloß Waal, 1845/49 angelegtes Repertorium, welches nach 1939 durch Dr. Wolfgang Krämer um zwei Nachtragsbände ergänzt wurde. Es umfaßt insgesamt 7.437 Inventarnummern

(davon entfielen 1.766 Nummern auf die 4.324 Urkunden, auf die Akten 5.644 Inventarnummern, auf die 915 Rechnungsbücher 23 Nummern).

Als sich 1993 abzeichnete, daß sich das Haus von der Leyen von seinen Archiven in Waal trennen wollte, nahm die bayerische Archivverwaltung sofort Kontakt mit den Archivverwaltungen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie dem Saarland auf mit dem Ziel, die in Waal vorhandenen Archive regional aufzuteilen, denn für Bayern selbst kamen nur die in Waal, Unterdießen und Hurlach erwachsenen Archive in Frage. Als deren Standort wurde im Kaufvertrag vom Herbst 1995 das Staatsarchiv Augsburg bestimmt, selbst wenn Hurlach nie in Schwaben gelegen hat und Unterdießen seit 1972 (wiederum) in Oberbayern liegt.

Die Überlieferung zu diesem Grenzgebiet beschränkte sich am Staatsarchiv Neuburg a. d. Donau bzw. (seit 1989) Augsburg bisher eigentlich nur auf Amtsprotokolle von Waal und Unterdießen ab 1765 bzw. 1810 bis 1848. Durch den Ankauf aus dem von der Leyenschen Gesamtarchiv änderte sich dies schlagartig. Bayern übernahm für seinen Teil 627 Pergamenturkunden und 186 Papierurkunden, das älteste Original – soweit bislang überschaubar – von 1320 betrifft Hurlach. Dazu kommen rd. 50 lfd. Meter Akten und Amtsbücher, darunter zu Waal: Heiligenrechnungen ab 1565, Amtsrechnungen ab 1604, Amtsprotokolle ab 1621, Gemeinderechnungen ab 1691, Rechnung zum Schloßneubau 1769/70, Anschaffungen zur fürstlichen Bibliothek ab 1820; zu Unterdießen: Urbare ab 1552, Amtsrechnungen ab 1639, Amtsprotokolle ab 1642, Kirchenrechnungen ab 1655, Gemeinderechnungen ab 1801; zu Ellighofen: Kirchenrechnungen ab 1662, zu Hurlach: Gültbücher ab 1595, Gemeinderechnungen ab 1631, Amtsprotokolle ab 1641. Hinzu kommt das gesamte Schriftgut der Gutsverwaltung auch in der Zeit nach dem Ende der gutsherrlichen Gerichtsbarkeit im Jahre 1848. Eine (vorläufige) Aufstellung des Ankaufs nach den alten Signaturen ist im Gange. Dann steht dieses wichtige Quellenmaterial zur Geschichte eines Teils des Lechrains für die Forschung zur Verfügung.

(Sz)

Die Freiherrlich von Crailsheimischen Archive nun geschlossen im Staatsarchiv Nürnberg

Mit der am 26. September 1995 erfolgten Übergabe des Schloßarchivs Morstein befinden sich die im Eigentum der Familienstiftung von Crailsheim stehenden Gutsarchive nun vollständig im Staatsarchiv Nürnberg (vgl. dazu auch NACHRICHTEN Nr. 30/1985). Die Berechtigung der Vereinigung der regional verstreut liegenden Crailsheimischen Archive an einem Lagerort

ergibt sich aus der überaus starken Stellung der aus dem Craft-von-Crailsheimischen Fideikommiß (1702 Februar 8) erwachsenen Stiftungsadministration in Ansbach bzw. der von dieser beschickten Registratur in Ansbach. Diese ist der Vorläufer der im unweit von Ansbach gelegenen Schloß Rügland, dem Sitz der Hauptlinie, entstehenden Gemeinschaftsregistratur, de-

ren älteres Schriftgut 1752 als eigener Archivkörper ausgegliedert wurde. Sie wuchs in der Folgezeit – allerdings untrennbar mit dem Archiv der Herrschaft Rügland verbunden – geradezu zum „Zentralarchiv“ der Familie Crailsheim heran (was etwa dadurch zum Ausdruck kam, daß hier alle Urkunden zusammengezogen worden sind). Aus diesem Rügländer Archiv sind dann nach der grundlegenden Veränderung der rechtlichen und politischen Lage 1812 für die jeweiligen Gutsarchive einschlägige Akten, etwa zur „Verteidigung ritterschaftlicher Rechte“, an diese abgegeben worden.

Die von Dr. Dieter Freiherrn v. Crailsheim, Schloß Morstein, persönlich nach Nürnberg verbrachten Bestände umfassen das Schriftgut der in Baden-Württemberg liegenden ehemaligen Rittergüter bzw. Ämter Morstein (Laufzeit des Schriftguts: 1471–1810) und Hornberg (1354–1810) sowie dasjenige des Rentamts Hornberg (1810–1878) und der Hagenhofverwaltung (1687–1874). Die Gutsrechnungen sind als lagerungstechnischer Selekt (Ämter Morstein und Hornberg, 1631–1878) formiert. Das Schriftgut im Umfang von fast 60 laufenden Metern ist in fünf in den Jahren 1984/85 vom damaligen Leiter des Hohenlohe-Zentralarchivs Dr. Gerhard Taddey und seinen Mitarbei-

tern erstellten modernen Findbehelfen (mit Registern) erschlossen. Die im Staatsarchiv Nürnberg verwahrten Familienarchive v. Crailsheim sind damit auf ca. 400 Meter Akten, Bände und Rechnungen angewachsen.

Inzwischen wurde in Nürnberg auch die Überarbeitung der bereits insgesamt erschlossenen Familienarchive Crailsheim wieder aufgenommen. Die seit 1984 erstellten Findbehelfe für das „Zentralarchiv Rügland“ sowie für die Archive der Herrschaften Neuhaus, Walsdorf, Sommersdorf-Thann und Fröhstockheim sind vollständig EDV-mäßig erfaßt. Sie werden nun in enger Anlehnung an den von Joh. Christian Ringer 1803 entwickelten Aktenplan teilweise neu strukturiert und die Aktenbetreffe in Hinblick auf eine Veröffentlichung in der Reihe der Bayerischen Archivinventare überarbeitet. Bei dem von Joh. Kaspar Renner und Joh. Andreas Schuhmann 1752/55 verzeichneten und in Bänden gebundenen Aktengut schien in Hinsicht auf die beabsichtigte Publikation eine komplette Neuverzeichnung geboten; diese steht vor dem Abschluß. Damit ist das Staatsarchiv dem schon 1985 angesprochenen Ziel eines Inventars der Crailsheimischen Archive einen weiteren Schritt nähergekommen.

(Re)

Neue Nachlässe im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Otto Frhr. von Ritter zu Groenesteyn (1864–1940)

Der Nachlaß des bayerischen Diplomaten dokumentiert die einzelnen Stationen einer beruflichen Karriere, die 1889 an der bayerischen Gesandtschaft in Berlin begann und dann in die Vertretungen am Quirinal in Rom (1898), in Bern (1903) und in Stuttgart (1907) führte. Von 1909 an war Otto Frhr. von Ritter zu Grünstein (seit 1921: Groenesteyn) bevollmächtigter Minister und Gesandter beim päpstlichen Stuhl in Rom, bis er im Jahre 1934 im Zusammenhang mit der Auflösung der bayerischen Vatikan-Gesandtschaft in den Ruhestand versetzt wurde.

Außer den jeweiligen Ernennungsurkunden enthält der Nachlaß neben Korrespondenzen u.a. einen ausführlichen handschriftlichen Lebenslauf, der von der Geburt am 23. August 1864 in Starnberg bis in die Berliner Zeit reicht, Schreibkalender mit tagebuchartigen Einträgen (1892–1903), Urkunden über Ordensverleihungen, Erinnerungsstücke (u.a. Programme verschiedener Veranstaltungen, Menükarten mit Tischordnungen), Fotos der bayerischen Gesandtschaftsgebäude in Berlin und Rom sowie verschiedener Persönlichkeiten und Zeitungsausschnitte (v.a. aus dem *Osservatore Romano*) zum Verhältnis von Staat und Kirche. Einen Schwerpunkt bildet die reichhaltige Korrespondenz

(1888–1937) mit Päpsten (u.a. Benedikt XV.), Kardinälen (u.a. Michael von Faulhaber), Politikern (u.a. Gustav von Kahr) sowie Diplomatenkollegen. Besonders hingewiesen sei – im Zusammenhang mit den Verhandlungen über das bayerische Konkordat von 1924 – auf den umfangreichen Briefwechsel mit dem apostolischen Nuntius in Bayern, Eugenio Pacelli. Schließlich findet sich in dem Nachlaß auch eine Rechtfertigungsschrift des Gesandten über das sogenannte „Ritter-Telegramm“, in dem er am 24. Juli 1914 der bayerischen Regierung die Haltung des Vatikans kurz vor Ausbruch des Weltkriegs übermittelt hat; dieses Telegramm wurde durch eine Indiskretion von Felix Fechenbach, dem Sekretär von Ministerpräsident Kurt Eisner, am 29. April 1919 in einer französischen Zeitung veröffentlicht und spielte deshalb eine Rolle bei der Kriegsschulddebatte der folgenden Jahre.

Die Unterlagen aus der aktiven Zeit des Diplomaten, die die bereits im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Akten der bayerischen Gesandtschaft beim päpstlichen Stuhl ergänzen, werden eingerahmt von persönlichen Dokumenten aus der Schul- und Studienzeit (Zeugnisse, Aufsätze über Reisen nach Italien, in die Schweiz und nach Norddeutschland während der Ausbildung an der königlich-bayerischen Pagerie)

sowie vom Militär- und Hofdienst (Oberstkämmererstab). Den Abschluß bilden die Kondolenzbriefe nach seinem Tod am 1. Januar 1940. (Ste)

Ludwig Volkholz (1919–1994)

In den Jahren 1994 und 1995 konnte der umfangreiche Nachlaß des am 20. Mai 1994 verstorbenen ehemaligen Revierförsters im Bayerischen Wald Ludwig Volkholz, der bekanntesten und streitbarsten Politikerpersönlichkeit dieser Gegend in der Nachkriegszeit (sein Schicksal erregte in ganz Bayern und darüber hinaus Aufsehen), erworben werden. Der im Volksmund liebevoll „Jäger-Wiggerl“ genannte Politiker widmete sich zeit seines Lebens den Anliegen des „kleinen Mannes“, „seiner Waldler“, die in ihm einen unermüdlischen Berater und Helfer bei Politikern, Behörden und Gerichten fanden. Er war aber auch selbst in spektakuläre Gerichtsverfahren verwickelt, wurde aus dem Forstdienst entfernt und kämpfte sein ganzes Leben lang vergeblich um seine Rehabilitierung. Politisch war er die meiste Zeit mit der Bayernpartei verbunden (1947 Mitglied, 1949–1953 MdB für den Wahlkreis Deggendorf, 1950–1954 MdL für den Wahlkreis Kötzing-Regen, stieg in der Partei bis zum stellvertretenden Landesvorsitzenden auf), zwischendurch war er Mitglied der FDP (1958–1962 Vorsitzender im Bezirk Niederbayern) und Landesvorsitzender der von ihm 1976 gegründeten Christlich Bayerischen Volkspartei (C.B.V.). 1958–1966 war er Bürgermeister von Voggendorf, LK Kötzing. Da er nach dem geänderten Wahlgesetz nicht mehr erneut gewählt werden konnte, sprang seine Frau Paula Volkholz in die Bresche und

löste ihn in der Führung der Gemeinde Voggendorf ab; Frau Volkholz wurde mit seiner Unterstützung 1970 sogar Landrätin im LK Kötzing. Bis zu seinem Tod war Ludwig Volkholz Mitglied des Chamer Kreistags. Er war auch seit Mitte der 50er Jahre als Weingroßhändler sowie längere Zeit als Förster in Argentinien tätig.

Das bewegte Leben und die vielseitige Tätigkeit des Nachlassers spiegeln die Unterlagen in ziemlicher Vollständigkeit wider. Verhältnismäßig schwach vertreten ist nur rein persönliches Material (Urkunden, Bilder, Notizbücher). Gut dokumentiert ist die Tätigkeit als Förster und Weingroßhändler, besonders gut aber das politische Wirken. Zu letzterem: Vorhanden sind Sachakten und Korrespondenzen, auch parteiinterner Art, Tonbänder und -kassetten (Aufzeichnungen von Reden bei Parteiveranstaltungen im Bayerischen Wald und im gesamten bayerischen Raum), Videomagnetbänder (Wahlspots für die C.B.V.), Plakate, Broschüren u.s.w. Den größten Umfang – etwa die Hälfte des Materials – haben die „Mandantenakten“; sie bestehen vielfach aus Korrespondenz, umfassen aber auch oft private Unterlagen der betroffenen Personen, denen Volkholz Hilfe zuteil werden ließ.

Der Nachlaß Volkholz stellt eine wertvolle Ergänzung der hier schon vorhandenen Bestände „Bayernpartei“ und „Panholzer“ dar, und zwar mehr zur regionalen und lokalen Seite hin, hat aber darüber hinaus auch bemerkenswertes eigenständiges Gewicht. Nach Abschluß der noch laufenden Erschließungsarbeiten steht er im Rahmen der Benützungssordnung für die Forschung zur Verfügung. (We)

Unterlagen der Studentenbewegung der sechziger Jahre im Bayerischen Hauptstaatsarchiv

Von der „Studentenschaft des Freistaats Bayern“, einem Landesverband des 1949 gegründeten Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) in Bonn, konnte Verbandsschriftgut in kleinerem Umfang (Laufzeit 1960–1970) erworben werden, im wesentlichen die Handakten des damaligen stellvertretenden Landesvorsitzenden Klaus Huber. Die Unterlagen (Vorstandsberichte, Sitzungsprotokolle, Korrespondenz etc.) dokumentieren die Aufgabenstellung dieser überparteilichen Interessenvertretung aller Studentenschaften an den bayerischen Hochschulen: Verbesserung der sozialen Sicherung der Studierenden, politische Bildungsarbeit sowie Reformen in Forschung, Lehre und Studium.

Der neue Bestand ergänzt das bisher in der Abt. V (Nachlässe und Sammlungen) des Hauptstaatsarchivs verwahrte zeitgeschichtliche Sammlungsgut aus den Jahren 1967 bis 1969, das jetzt zu der sachthema-

tischen Sammlung „Studentische Gruppen und Gremien an der Ludwig-Maximilians-Universität München“ zusammengefaßt worden ist. Dabei handelt es sich in der Regel um gedruckte Veröffentlichungen der zum Allgemeinen Studenten-Ausschuß (AStA) oder zum Konvent der Studentenschaft kandidierenden Gruppierungen, des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), des Liberalen Studentenbundes Deutschlands (LSD), der Humanistischen Studentenunion (HSU), der Aktionsgemeinschaft Demokratische Universität (ADU), des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) oder der Münchner Studenten Union (MSU). Deren Flugblätter, Plakate, Zeitschriften oder Pressemitteilungen spiegeln in eindringlicher Weise die Ereignisse der damaligen Zeit wider (u.a. Notstandsgesetze, Außerparlamentarische Opposition, Studentendemonstrationen, Attentat auf Rudi Dutschke). (Ste)

Das Archiv des Münchner Hofbräuhauses: Ein archivalisches „happy end“ im Staatsarchiv München nach über 40 Jahren

Nicht nur Bücher, auch archivalische Rechnungsbände können ihr Schicksal haben. Diese an sich keineswegs überraschende Erkenntnis erfuhr im Oktober 1996 im Staatsarchiv München eine erneute Bestätigung: Am 24. Oktober fuhr ein Lastwagen des Staatlichen Hofbräuhauses München vor und lud vereinbarungsgemäß die längst verschollen geglaubte Altregistratur des kurfürstlichen, dann königlichen Bräuhauses ab. Damit konnten Bemühungen des Staatsarchivs erfolgreich abgeschlossen werden, deren Anfänge mehr als vier Jahrzehnte zurückliegen.

Die Geschichte setzt mit dem Angebot des Hofbräuhauses im Mai 1951 ein, die „seit 1615 bis zur Wende des 20. Jahrhunderts ziemlich vollständig“ erhaltene Altregistratur an das Archiv abzugeben. Die Verantwortlichen des damaligen „Kreisarchivs“ bemühten sich sofort um die Übernahme des Schriftguts, was jedoch nicht gelang, da die Brauerei plötzlich einem bevorstehenden neuen Direktorium nicht vorgreifen wollte. Auch in den folgenden Jahrzehnten war es dem Staatsarchiv trotz intensiver Bemühungen nicht möglich, den 1951 angekündigten Altbestand zu übernehmen. Da dem Unternehmen in der Folgezeit auf diesbezügliche Anfragen des Staatsarchivs hin von älterem Schriftgut nichts mehr bekannt war, mußte man annehmen, daß es bei 1975 durchgeführten Makulierungen mit vernichtet worden war. Als die Hofbräuhausverwaltung 1987 dann nach Material für eine Firmenfestschrift zu suchen begann, schien der Beweis endgültig erbracht, daß der gesamte Altbestand verloren war.

Folglich beschränkte sich das Staatsarchiv im September 1996 darauf, routinemäßig die Bereitschaft zu neuerlicher Aussonderung auszuloten. Inzwischen hatte das Unternehmen Neubauten in München-Riem bezogen und war in der Verwaltungsleitung drastisch verjüngt worden. So wurde ohne hochgespannte Erwartung von Seiten des Archivs die erfreulich prompte telefonische Rückmeldung sogleich zur persönlichen Verabredung innerhalb weniger Tage genutzt. Umso größer fiel die Überraschung aus, als der Archivar auf die Frage nach dem Altbestand, der beim Umzug doch möglicherweise aufgetaucht sein könnte, in einen Kellerraum geführt wurde, in dessen Mitte, säuberlich in Plastikkörben aufgeschichtet und mit einer riesigen Folie abgedeckt, die verschollen geglaubte Altregistra-

tur ruhte. Dem „happy end“ der Geschichte stand damit, dank des Verantwortungsbewußtseins des neuen Verwaltungsleiters und der Unternehmensführung, gewiß auch dank des glücklichen Zusammentreffens der beteiligten Verantwortlichen zum richtigen Zeitpunkt, nichts mehr im Wege.

Wie wertvoll der Zuwachs ist, erwies sich sogleich bei der ersten, provisorischen Aufstellung im Archiv: Neben 40 Bauakten mit ca. zwei Dutzend Bauplänen der neuen Firmenanlage in München-Riem aus den 80er Jahren gewann das Archiv 661 Rechnungen vom Rechnungsjahr 1611/12 bis zum Verwaltungsjahr 1908/09. Allein die Rechnungsbände (zum großen Teil Rapulare, revidierte Exemplare sind bislang nicht aufgetaucht) nehmen einen Umfang von 20,6 lfm ein. Zusammen mit den bereits vorhandenen 140 Abrechnungen des 19. Jahrhunderts im bisherigen Bestand „Hofbräuhaus München“ aus einer Abgabe des Jahres 1890 stehen der Forschung damit vom frühen 17. bis zum frühen 20. Jahrhundert fast lückenlose Nachweise über Einnahmen und Ausgaben, Preise, Löhne, Herstellung, Verkauf und Vertrieb von „Weiß Waitzen“, Braunbier, „Weiß Gersten“ und „Ainpöckischem“ (Bock) Bier, von braunem oder weißem, von Sommer und/oder Winterbier, je nach der Zeit, zur Verfügung. Daß in den Bänden über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte und über die engere Braugeschichte hinaus auch Hinweise auf die bayerische und Münchner Geschichte zu finden sind, belegt ein Eintrag im Rechnungsband 1632/33 über die Zeit der schwedischen Besatzung (ab 19. Mai 1632): ... „hat man in zeit, sich Khönig in Schweden alhie befunden, von 16 Preuen empfangen und seiner Armada ohne bezahlung ervolgen lassen muessen 464 Viertl“. Noch etwas sei als womöglich lohnendes Forschungsziel hervorgehoben: Bis 1681 sind die Bände fast durchwegs in handbeschriebenes wiederverwendetes Pergament eingebunden. In den meisten Fällen scheint es sich um liturgische Texte zu handeln, rechts- und kulturgeschichtliche Fragmente sind freilich nicht ausgeschlossen. Wie alle Rechnungsbände eröffnen auch und gerade die des Hofbräuhauses nach Theodor Fontane „ein weites Feld“.

(Br)

Mühldorfer Urkunden an das Stadtarchiv zurückgegeben

Als „weiteren Schritt der Regionalisierungsmaßnahmen der bayerischen Archivverwaltung, an denen auch die Kommunen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten teilhaben sollen“, bezeichnete Generaldirektor Prof. Dr. Jaroschka die Rückgabe des seit 1874 im Bayerischen Hauptstaatsarchiv verwahrten Archivgutes an das Stadtarchiv Mühldorf. „Ich habe nie einen Zweifel daran gelassen, daß ich diese im staatlichen Bereich mit revolutionären Umverteilungen verbundenen Maßnahmen nicht auf diesen beschränkt wissen wollte. Dabei ist aber ein behutsames Vorgehen erforderlich, da durchaus berechtigten fachlichen Wünschen haushaltsrechtliche Schranken gesetzt sind“, so Jaroschka weiter. Die Rückgabe der Archivalien an den Ersten Bürgermeister Günther Knoblauch erfolgte am 8. Oktober 1996 im Rahmen der Tagung der oberbayerischen Archivpfleger in Mühldorf in Anwesenheit des Herrn Regierungsvizepräsidenten von Oberbayern, Dr. Heinz Huther, zahlreicher Stadträte und Vertreter der Medien.

In seiner Rede schilderte der Generaldirektor das Schicksal dieser Mühldorfer Archivalien: 1874 stellte ein Vertreter der staatlichen Archivverwaltung bei einem Besuch in Mühldorf eine völlig unzureichende Unterbringung und Erschließung des Archivs, vor allem der Urkunden fest. Da man dem städtischen Archivgut offensichtlich keinen besonders hohen Stellenwert einräumte, sträubte sich die Stadt damals nicht gegen das Drängen des Reichsarchivs (des heutigen Bayerischen Hauptstaatsarchivs), zumindest die Urkunden und einige Akten zur besseren Verwahrung und Erschließung an dieses abzugeben.

Noch 1874 und erneut 1876 übergab die Stadt deshalb dem Reichsarchiv über 500 Urkunden, zahlreiche Aktenprodukte und gedruckte Verordnungen. Der Praxis des 19. Jahrhunderts entsprechend wurde dieses Archivgut nicht nach seiner Provenienz als „Stadt Mühldorf“ aufgestellt, sondern mit staatlichen Archivalien vermischt in die Bestände des damaligen Reichsarchivs eingereiht, so daß man schon 1927 nicht mehr mit Sicherheit ermitteln konnte, welche Stücke nun genau aus Mühldorf stammten. Erst im Rahmen der Beständebereinigungen innerhalb der staatlichen Archive in den letzten Jahrzehnten wurde der Großteil der städtischen Archivalien festgestellt und in jüngerer Zeit durch gezielte Nachforschungen weiter ergänzt. Derzeit sind 505 Urkunden, 34 Akten und die 65 gedruckten Mandate ermittelt.

Die Übernahme der Mühldorfer Urkunden in das Reichsarchiv lag ganz auf der Linie des damaligen Verständnisses von Archivpflege. Man war der Meinung, der Erhaltung und Zugänglichmachung des

älteren gemeindlichen Archivgutes dadurch am besten dienen zu können, daß man es in die staatlichen Archive übernahm. Nicht etwa reiner Zentralismus war also das Hauptmotiv, sondern die Sicherung des Archivguts. Zahlreiche Stadt- und Gemeindearchive wären längst verlorengegangen, hätten sich die staatlichen Archive nicht in dieser Weise um sie gekümmert. Man nahm von dieser Politik der Archivpflege letztlich erst Abschied nach 1945. Jetzt wurde die Übernahme gemeindlicher Archive zur absoluten Ausnahme gemacht, zu der es nur in ganz konkreten Notsituationen kommen darf. An die Stelle der Übernahme trat jetzt die Beratung und Unterstützung der Kommunen, um sie letztlich zu befähigen, diese Aufgabe eigenständig zu bewältigen. Bereits auf dieser Linie liegt z.B. die Bearbeitung und der Druck eines Inventars des Stadtarchivs Mühldorf in der von der Generaldirektion herausgegebenen Reihe „Bayerische Archivinventare“ (1958).

Im Fall Mühldorf konnten die fachlichen Wünsche voll erfüllt werden, da sich bei der Prüfung der Umstände der Übernahme 1874 herausstellte, daß die Stadt Mühldorf seinerzeit nicht auf ihr Eigentumsrecht verzichtet hatte, weshalb einer Rückgabe auch aus rechtlichen Gründen keine Hindernisse im Wege standen.

Professor Jaroschka machte deutlich, daß die Rückgabe der Archivalien aber um so leichter falle, als die Stadt Mühldorf sich für ihr Stadtarchiv geradezu mustergültig engagiere und dafür 1993 erstmals einen hauptamtlichen Diplomarchivar angestellt habe. „Die Stadt Mühldorf hat aus der Erkenntnis heraus, daß Archivarbeit ebenso wie die Tätigkeit in anderen Bereichen der Stadtverwaltung erhebliche und vielseitige Fachkenntnisse voraussetzt, die in der Regel nur durch eine Fachausbildung erworben werden können, die Leitung ihres wertvollen Archivs einem Facharchivar übertragen und damit dafür gesorgt, daß die äußerst komplexen Fachaufgaben angemessen bewältigt werden. Ein Archiv muß aber nicht nur einmal eingerichtet werden, um dann von selbst zu laufen, sondern es stellt eine Daueraufgabe dar, die letztlich ohne erhebliches Risiko von Überlieferungsverlusten nicht unterbrochen werden kann.“

„Da all diese Voraussetzungen gegeben sind, sind wir der Meinung, daß die Stadt Mühldorf in der Lage ist, auch die Betreuung ihres archivischen Altbestandes wieder in eigene Hände zu übernehmen, und wir haben uns zur Rückgabe der rund 120 Jahre lang treuhänderisch verwalteten Archivalien entschlossen. Symbolisch darf ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die älteste Urkunde des Stadtarchivs übergeben, die Bestätigung einer Stiftung für die St. Jakobskapelle

durch den Salzburger Erzbischof Konrad von 1303, die anschließend zusammen mit anderen für die Stadtgeschichte wichtigen Urkunden in einer kleinen Ausstellung präsentiert wird. Ich wünsche dem Stadtarchiv Mühldorf eine weitere gedeihliche Entwicklung im

Interesse der Stadt und ihrer Bürger“ schloß der Generaldirektor seine Ausführungen.

(U)

Deponierung von Handwerkerinnungsarchiven im Staatsarchiv Coburg

Nachdem bereits die Fleischer- (1983) und die Zimmerinnung Coburg (1988) den Inhalt ihrer Zunftladen unter Eigentumsvorbehalt im Staatsarchiv Coburg hinterlegt sowie weitere Innungen ihr altes Schriftgut dem Staatsarchiv schenkungsweise übergeben haben, hat nun die Bäckerinnung ihre schriftliche Überlieferung durch die Deponierung im Staatsarchiv auf Dauer gesichert.

Insgesamt 57 Akten und Urkunden mit wichtigen handwerks- und wirtschaftsgeschichtlichen Unterlagen, die sich zeitlich und thematisch von der Bäckerord-

nung von 1567 über Jahresrechnungen des 19. Jahrhunderts bis zu den Innungsprotokollen aus der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945–1947 erstrecken, stehen jetzt geordnet und verzeichnet im Staatsarchiv zur Auswertung durch die Forschung bereit. In dem vielfältigen Material kommen beispielsweise Fragen der Ausbildung oder Brotpreisgestaltung in gleicher Weise wie das gegenwärtig wieder höchst aktuelle Problem des Sonntagsbackens zur Sprache.

(Ham)

Neue Veröffentlichungen der Staatlichen Archive Bayerns

Die Staats- und Landesarchive in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp). Archivführer und Inventar der grenzüberschreitenden Überlieferung. Im Auftrag der Archivdirektorenkonferenz der Arge Alp hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Gesamtdirektion Albrecht Liess unter Mitarbeit von Karl-Ernst Lupprian, München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1995. XIV und 233 S. (ISBN 3-921635-33-0)

Archivalische Zeitschrift. Band 79 (1996), Köln u.a., Böhlau Verlag 1996. 256 S. (mit Bibliographie zum Archivwesen für die Jahre 1990 und 1991) (ISSN 0003-9497)

Manfred Hörner und Barbara Gebhardt (Bearb.), *Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Reichskammergericht Band 2. Nr. 429–868 (Buchstabe B)* (Bayerische Archivinventare 50/2), München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1996. X, 466 S. (ISBN 3-921635-07-1)

Siegfried Wenisch (Bearb.), *Plakate als Spiegel der politischen Parteien in der Weimarer Republik*. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs (Ausstellungskataloge der Staatlichen Archive Bayerns 36), München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1996. 152 S., farb. Abb. aller Plakate (ISBN 3-921635-36-5)

Albrecht Liess (Gesamtdirektion), Joachim Wild, Joachim Lauchs, Johann Puchta, Achim Fuchs, Siegfried Wenisch (Bearb.), *Bayerisches Hauptstaatsarchiv (Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns. Neue Folge)*, München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns 1996. 48 S. (ISBN 3-921635-08-X)

Alfred Tausendpfund u.a. (Bearb.), *Staatsarchiv München (Kurzführer der Staatlichen Archive Bayerns. Neue Folge)*, München, Selbstverlag der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. 24 S. (ISBN 3-921635-09-8) (erscheint im Januar 1997)

Bayerischen Hauptstaatsarchivs – Kleine Ausstellungen:

Nr. 1: Achim Fuchs, Margit Ksoll-Marcon, Joachim Lauchs u.a. (Bearb.), *Bayern und das Deutsche Reich 1871–1918*, München 1996. 2. erw. Auflage unter dem Titel „Föderalismus im Nationalstaat“. Bayern und das Deutsche Reich 1871–1918, München 1996

Nr. 2: Kurt Malisch (Bearb.), *Ranke und Bayern*, München 1996

Nr. 3: Thomas Steck (Bearb.), *75 Jahre Bayerisches Hauptstaatsarchiv*, München 1996

Nr. 4: Karl-Ulrich Gelberg, Michael Stephan u.a. (Bearb.), *Bayern und die Bundesrepublik Deutschland*, München 1996

Nr. 5: Karl-Ulrich Gelberg, Michael Stephan (Bearb.), *Das Kabinett Hoegner I, 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946*, München 1996

Peter Fleischmann u.a. (Bearb.), *Das Pflegamt Hersbruck. Eine Karte des Paul Pfünzing mit Grenzbeschreibung von 1596*. Faksimile und Kommentar. Hrsg. in Verbindung mit dem Staatsarchiv Nürnberg von der Altnürnberger Landschaft e.V. (Schriftenreihe

der Altnürnberger Landschaft XLIV), Nürnberg 1996. 96 S. (ISBN 3-932411-00-5, Bezugsquelle: Altnürnberger Landschaft e.V., Tucherschloß, 91245 Simmelsdorf)

Karl-Ulrich Gelberg (Bearb.), *Das Kabinett Hoegner I, 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946* (Die Protokolle des Bayerischen Ministerrats 1945–1954, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Bd. 2), München, R. Oldenbourg Verlag 1997. 2 Teilbände, CXXXI, 1177 S. (ISBN 3-486-56194-4)

NACHRICHTEN AUS DEN STAATLICHEN ARCHIVEN BAYERNS

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Redaktion: Albrecht Liess unter Mitarbeit von Claudia Pollach und Karin Werth (Satz und Layout)

80501 München · Postfach 221152 · Tel. (089) 28638 482 · Fax (089) 28638 615

Es zeichnen: Dr. Karl-Otto Ambronn (A), Georg Bayer (Bay), Dr. Rainer Braun (Br), Dr. Peer Frieß (Frieß), Dr. Rainer Hambrecht (Ham), Dr. Margit Ksoll-Marcon (Ks), Albrecht Liess (L), Dr. Karl-Ernst Lupprian (Lu), Dr. Gerhard Rechter (Re), Gerhard Reiprich (Rp), Dr. Hermann Rumschöttel (R), Dr. Lothar Saupe (S), Dr. Reinhard H. Seitz (Sz), Thomas Steck (Sk), Dr. Michael Stephan (Ste), Dr. Bodo Uhl (U), Dr. Siegfried Wenisch (We).

ISSN 0721 – 9733

Druck: Gerber Satz GmbH, München – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

NACHRICHTEN AUS DEN STAATLICHEN ARCHIVEN BAYERNS

Herausgegeben von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns

Redaktion: Albrecht Liess unter Mitarbeit von Claudia Pollach und Karin Werth (Satz und Layout)

80501 München · Postfach 221152 · Tel. (089) 28638 482 · Fax (089) 28638 615

ISSN 0721 – 9733

Druck: Gerber Satz GmbH, München – Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.